

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

126 (4.6.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 8.80 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 A. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die 2spaltige 2.—M. Die 3spaltige 3.—M. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Neuerliche Schandthaten der schwarzen Besatzungstruppen.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat vom Regierungspräsidenten in Köln einen eingehenden Bericht über neuerliche Schandthaten der Schwarzen im besetzten Gebiet erhalten. Der Regierungspräsident meldet zwei neue Fälle schwerer Sittlichkeitsverbrechen im Landkreis Eschweiler an zwei elf- und zwölfjährigen Knaben und einem dreizehnjährigen Mädchen. Der Oberpräsident erklärt in dem Bericht an den Bezirksdelegierten der interalliierten Kommission in Bonn, daß er bei einem elementaren Ausbruch der Empörung die Verantwortung auf die militärischen Kommandostellen abwälzen müsse, die entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt seien, die ruhige deutsche Bevölkerung vor solchen Gewalttätigkeiten zu schützen.

Mannheim, 3. Juni. Wie der Polizeibericht meldet, verübten zwei bis jetzt noch nicht ermittelte schwarze französische Soldaten der französischen Besatzungstruppe bei der Redarvorlandstraße an einer 20jährigen Verkäuferin, nachdem sie deren Liebhaber vertrieben hatten, Notzucht, indem sie das Mädchen vergewaltigten.

Wetzlar, 3. Juni. Nach dem „Rheinpfälzer“ waren der Redakteur Feder und der Geschäftsführer Baum vom „Rheinpfälzer“, ferner der Verleger der „Gegenwart“, Kater, in Odenkoben, wegen schwerer Verleumdung der französischen Armee, befangen durch einen Artikel über die farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten, angeklagt worden. Der Angeklagte Feder, der flüchtig ist, wurde zu 1 Jahr und 10 000 M. Strafe, Baum zu 10 000 M. Geldstrafe und Kater zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Spa.

Berlin, 3. Juni. (Privattele.) Aus Brüssel meldet die Telegraphen-Union: Die deutsche Regierung hat dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß sie auf der Konferenz von Spa durch den Reichs-Langler und den Minister des Auswärtigen Dr. Krieger vertreten sein wird. Die beiden Minister werden von 4 Ministerialdirektoren, 8 höheren und 7 unteren Beamten, 8 Dolmetschern und 10 Stenotypisten begleitet sein. Frankreich wird durch Millerand und Beldelot, England durch Lloyd George und Lord Curzon vertreten werden.

London, 2. Juni. Lloyd George hat die liberalen Führer empfangen und über die Konferenz in Spa sich dahin ausgesprochen, daß Verhandlungen des Versailler Vertrages nicht besprochen werden sollen; es solle aber der Lage Deutschlands, die sich seit 1919 vielfach wirtschaftlich verschlechtert habe, Rechnung getragen werden.

Verständigung der Ärzte und Krankenkassen.

Berlin, 3. Juni. (Wolff.) Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen im Reichsarbeitsministerium haben in der Frage des Arztentgelts zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Forderung der freien Arztwahl bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsspruch des Unparteiischen gefällt werden. Dieser sieht bei Bezahlung der einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Bemessung der Kaufschillingvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedspruchs haben sich die Parteien bis zum 17. Juni 1920 zu äußern.

Russisch-polnischer Krieg.

Niederlage der Russen an der Beresina.

Moskau, 2. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der polnischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewiken in Weißrussland erlitten, brachte die Offensiv zum Stehen. An der Beresina hat der Feind eine sehr große Niederlage erlitten. Es bestätigt sich, daß die Bolschewiken Friedensverhandlungen mit Lettland zum Anlaß nahmen, um an der lettischen Front Hilfe von Dünaburg einzunehmen, um die dortigen Verhältnisse zu machen, bei dem sie große Verluste erlitten.

Sowjetrussland kann nichts liefern, es kann niemanden helfen.

Wien, 3. Juni. Dem Kreisarbeiterrat überbrachte ein aus Russland zurückgekehrter Kriegsgefangener die Grüße eines Kameraden. Da er für die Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland eintrat, gab Abg. Emmy Freundlich Aufschluß über die Verhandlungen, die sie feierzeit in Wien und später in London im Namen der Genossenschaften mit russischen Genossenschaften geführt hat. Sie erklärte, daß die Russen gar keine Forderungen machen konnten, wirklich etwas zu liefern. Sowjetrussland wolle keine drei Wochen von dem Leben, was Russland schiden würde, selbst wenn es Lokomotiven und Wagen hätte. — Der Kommunistenführer führte aus, daß auch die Kommunisten, die auf die Weltrevolution hinarbeiten, nicht auf dem Standpunkt stehen, man könne in diesem Deutschland die Wäterepublik ausruhen. Ein Sowjetrussland würde sich wirtschaftlich nicht halten können. Da die Eingliederung Deutschlands in ein größeres Wirtschaftsgebiet zu einer engeren Fühlung mit dem revolutionären Proletariat führen würde, so hätte er nichts gegen den Anschluß an Deutschland.

Wie nehmen sich diese vernünftigen Radikalen gegenüber unsern unvernünftigen Unabhängigen und Kommunisten an?

Ablieferung der Luftschiffe.

Aus Stuttgart wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß die Abgabe der nach dem Friedensvertrage an die Entente auszuliefernden Zeppelinluftschiffe, die in

Wähler! Prägt euch ein:

Die sozialdemokratische Liste beginnt mit den Namen:

Oskar Beck — Georg Schöpflin

den nächsten Wahlen übergeführt werden sollen, nach Friedrichshafener Meldungen auf Schwierigkeiten stößt. Die Arbeiter des Luftschiffbaues Zeppelin und die Besatzung der Delag, die das Fertigmachen bezog, die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollen, weigern sich, dies zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und den deutschen Luftschiffbetrieb als bedroht ansehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Luftschiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrs-Luftschiffe „Wobensee“ und „Nordstern“ Deutschland verlassen und keine Forderung der Werftanlagen verlangt wird, welches den Bau von Luftschiffen auf lange Zeit lahm legen würde.

Französische und deutsche Gefangene in Elsch-Lothringen.

Paris, 4. Juni. In der französischen Kammer wurde besonders über das Budget in Elsch-Lothringen gesprochen. Bei diesem Anlaß erklärte Ministerpräsident Millerand, daß es bis jetzt schwer gewesen sei, die Verwaltung von Elsch-Lothringen mit den vertriebenen Ministern in Einklang zu bringen. Seit Monaten seien jedoch Fortschritte gemacht worden in Bezug auf die Annäherungen der beiden Völkergemeinschaften. Man dürfe aber nicht glauben, daß die französische Gefangenschaft nunmehr die Gefangenschaft von Elsch-Lothringen in sich aufnehmen solle. Im Gegenteil, die französische Gefangenschaft könne viel von der anderen Gefangenschaft lernen (!) und er fasse vielmehr ein Wort der gegenseitigen Durchdringung ins Auge. Eine ganze Reihe von Abgeordneten aus Elsch-Lothringen brachte Beschwerden vor. Unter anderen erklärte der Deputierte Müller, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß man in Elsch-Lothringen „age, Gebi Euerer Bodemethoden auf. Wenn Euch unsere Methoden nicht gefallen, dann geht über den Rhein!“ Der Generalinspektor für Elsch-Lothringen Alapetit, der der Sitzung beiwohnte, erklärte, daß es sein Bestreben sei, es dahin zu bringen, daß die französische Verwaltung nicht weniger Wert sein dürfe als die deutsche Verwaltung. Er werde sich bemühen, den Beschwerden der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Bayerischer Landtag.

München, 2. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags kam die Beamtenbesoldung zur Annahme. Entsprechend dem Regierungsentwurf nahm das Haus zu dem Gesetz über die Vereinigung Koburgs mit Bayern ein Jaßatz an, der dem Freistaat Koburg einräumt, anstelle der abgeordneten Mitglieder 8 Abgeordnete durch unmittelbare Wahl in den bayerischen Landtag zu entsenden.

General Lüttich nicht in Misch.

Zu der Meldung, daß sich General v. Lüttich bei Mosenberg aufhalten soll, wird dem „B. V. N.“ von ausländischer Stelle mitgeteilt: Der Landrat des Kreises Mosenberg, der die Pässe des Herrn von Lüttich selbst gesehen hat, stellt fest, daß es sich um einen ehem. Hauptm. v. Lüttich handelt, der mit dem geflüchteten General von Lüttich nicht identisch ist.

Wien, 3. Juni. Nach Mitteilung des Reichswehrministeriums befinden sich Oberst Bauer, General Lüttich, Major v. Stefani und Major Bischoff seit dem 24. Mai in Budapest.

Internationale Arbeiterkonferenz.

Genoa, 2. Juni. Bis jetzt liegen zur internationalen Arbeiterkonferenz in Genoa die Anmeldungen von 24 europäischen und außereuropäischen Staaten vor und zwar von Australien, Belgien, Kanada, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Holland, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Portugal, Serbien, Kroatien, Spanien, Siam, Schweden, Venezuela, Griechenland, Polen, Libano-Slowakei und der Schweiz.

Die neuen Steuerergänze in Frankreich.

Paris, 3. Juni. Der französische Senat hat gestern mit 298 gegen 5 Stimmen die neuen Steuerergänze angenommen, deren Ertrag auf 95 Milliarden Franken festgesetzt wird.

Paris, 3. Juni. Auf eine Anfrage des gemäßigten Sozialisten Abg. Ledajeur, welche Bezüge die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses erhielten, erklärte der Minister der Auswärtigen, daß französische Budgeter durch den Wiedergutmachungsausschuss mit keinem Centimes beauftragt. Deutschland habe die Kosten getragen. Die Summe, die Deutschland für den Betrieb des Wiedergutmachungsausschusses bezahle müsse, würde von der Summe der Wiedergutmachung nicht abgezogen.

Die Reichswehr als Hort der Reaktion.

Kauf's Anklagen gegen Reichswehroffiziere. — „Es ist heute schlimmer als je.“ — „So geht es nicht weiter!“

Der Referent im Reichswehrministerium, Bernhard Kauf, ist von seinem Posten zurückgetreten und hat diesen Schritt in dem nachstehenden Schreiben, das die B. V. N. veröffentlicht, an den parlamentarischen Staatssekretär Stock mit der sich innerhalb der Reichswehr immer mehr ausbreitenden Reaktion begründet, wofür er als Sozialdemokrat nicht länger die Mitverantwortlichkeit tragen kann. Das Schreiben, das wir auszusweise am Mittwoch wiedergegeben haben, lautet:

Berlin, 30. Mai 1920.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!
Nach reiflicher Ueberlegung sehe ich mich gezwungen, mein Amt im Reichswehrministerium niederzulegen, weil ich die Entwicklung innerhalb des Reichswehrministeriums und der Reichswehr nicht länger mitmachen kann und will.

Ich habe früher Koskes Politik im Reichswehrministerium aus innerer Ueberzeugung trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten vertreten, weil sie durch die Zeitumstände geboten und in sich geschlossen und konsequent war. Es ist nun einmal unser Unglück gewesen, daß die aus der Kriegsschule erwachsenen Leute sich zu dem Zweck, zur Erhaltung der demokratischen Republik in kurzer Zeit kampffähige Truppenverbände aufzustellen, und es lag in den Dingen begründet, daß diese, infolge ihrer einseitigen Einstellung gegen links und der kriegsmüden antimilitarischen Stimmung der breiten sozialdemokratischen Massen, bald völlig in die Hände reaktionärer Elemente gerieten und sich deshalb als eine für die Dauer sehr zweifelhafte Machtgrundlage der Republik herausstellten.

Diese harten Tatsachen ließen sich nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen. Es war jedoch das fest ins Auge gefaßte Ziel Koskes, auf dem Wege organischer Entwicklung die Reichswehr in demokratisch-republikanischem Sinne zu fertigen und wenn man bedenkt, daß noch am 13. Januar ds. J. ein blühender Aufschwung am Reichstag injiziert wurde, so wird man verstehen, daß Koske innerhalb eines Jahres nicht allzu weit kommen konnte. Sein politisches Kalkül war insofern keineswegs eine reine Illusion. Es hätte sich auf das reale Interesse der Offiziere selbst, denen er oft genug sagte, daß jeder Versuch einer Wiederherstellung der überkommenen Zustände sich in erster Linie gegen die weichen müßte, die ihn unterstützen.

Fretsch hat Koske der politischen Einsicht und der Treue der in ungläubiger Weise verheerten Masse der Offiziere mehr vertraut, als sie verdienen und den reaktionären Elementen einen Einfluß gelassen, der sich als verhängnisvoll erwiesen hat und bis zur Stunde erweist.

Es ist jedoch heute mehr als je meine Ueberzeugung, daß nach den bitteren Lehren des Kapp-Putsches niemand mehr in der Lage gewesen wäre, Unterlassenes nachzuholen, in der Reichswehr anzuräumen und neue Wege zu gehen, als Koske mit seiner unfaßlichen Kenntnis der Truppe und starken persönlichen Autorität.

Sie wissen, daß ich nach dem Gang, den die Dinge bereits unmittelbar nach dem Kapp-Putsch nahmen, ihrer Aufforderung, in das Reichswehrministerium zurückzutreten, nur mit innerem Widerstreben folgte. Meine Befürchtungen haben sich leider nur zu sehr bestätigt.

Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine große Anzahl einsichtsvoller, loyal denkender Offiziere, die hohe Achtung und absolutes Vertrauen verdienen. In der Masse sind sie aber weiche Kneten und bedeutungslos gegenüber der geschlossenen Phalanx einer bewußten staatsfeindlichen Reaktion und eines großen Offiziersegoismus, der besonders in der Truppe selbst heute frecher auftritt, als je zuvor. Aus zahlreichen Einzelereignissen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und sich, in bewußter oder unbewußter Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden, und daß demgegenüber die Zentralstellen zur Zeit so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu ihr kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Noch jetzt, sechs Wochen nach dem Kapp-Putsch, werden die wegen ihrer verfassungstreuen Haltung schikanierten und gefährdeten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer Stelle zur anderen geschickt, weil der von uns gewünschte Aufschwung zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten bis heute noch nicht eingeleitet ist. Immer noch werden diese Fälle in der Regel von den Dienststellen in der Truppe erledigt, gegen die sich die Klagen und Beschwerden richten. Das zeigt bei den verfassungstreuen zuverlässigen Elementen ein Gefühl der Erbitterung und des Verlaßlosseins, das nur den Geist der Reichswehr von den verhängnisvollsten Folgen frei ruf. Sie selbst, Herr Staatssekretär, sind abgesehen von dem Ihnen zugewiesenen engen Arbeitsgebiet innerhalb des Ministeriums von einer Ihrer Stellung unwürdigen Einfluß- und Bedeutungslosigkeit. Bei der Umorganisation des Ministeriums hat man Sie nicht beteiligt und ihre Beschäftigung übergegangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär als einer politischen Stelle, das Aufklärungs-, Presse- und Fürsorgewesen zu übertragen, ist gänzlich unter den Tisch gefahren.

So geht es nicht weiter! Die Reichswehr, namentlich ihr Offizierskorps ist durch die reaktionäre Presse und die deutschnationalen Truppenagitation maßlos verfestet, und bei der traditionellen Umwidmung des Durchschnittsoffiziers in jetzt nichts nocheiniger als eine konsequente staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung der Reichswehr. Auf diesem Gebiete geschieht aber so gut wie nichts, oder, was noch schlimmer ist, es wird der in den Händen von Offizieren liegende, vom Arzeneher verächtliche vaterländische Unterricht fortgesetzt. Wenn die

Dinge so weiter laufen, dann ist die Reichswehr in kurzer Zeit eine deutsche nationale Prätorianergarde. Wir gehen zu Grunde, wenn nicht der Einfluss staatsfeindlicher Reaktion, die sich fest und zäh an ihre anstößliche Machtposition klammert, in der Reichswehr gebrochen wird. Aufständigkeit und Vertrauen wird als Angst und Schwäche angesehen. Die außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Mittel, namentlich auch Sicherungen dagegen, daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften in einer falschen Anwendung des Disziplinärbegriffes gänzlich schuldig mit ihrer ganzen Existenz jenen Elementen ausgesetzt bleibt, die der bestehenden Staatsordnung ablehnend oder feindlich gegenüberstehen und die in ihren Händen liegende Macht oft genug zum Nachteil der Republik mißbrauchen.

Unter den jetzigen Verhältnissen bin ich nicht geneigt, eine Verantwortung für Dinge mitzutragen, die nicht zu verantworten sind, um den Schein eines sozialdemokratischen Einflusses im Reichswehrministerium aufrecht zu erhalten, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Trotz des Bedenkens, daß mein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeutet, glaube ich doch, daß ein harsches Aussprechen dessen, was ist und eine realistische Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten ist.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
Bernhard Kaufh.

Wir begrüßen es, daß Genosse Kausch so rücksichtslos in das staats- und gemeingefährliche Treiben reaktionärer Reichswehrprofessoren hineingeleuchtet hat. Die Arbeiter, und alle freiheitlich gesinnten Männer und Frauen wissen nun, falls es ihnen bisher unbekannt gewesen sein sollte, was uns von der reaktionären Clique droht, die vornehmlich durch Reichswehrprofessoren und ihre Hintermänner repräsentiert wird.

Es ist Gefahr in Verzug! Die reaktionären Offiziere, die von den Großagrarern und Schwerindustriellen durch gewaltige Summen unterstützt werden, fragen den Teufel nach dem Vaterland, ihnen ist das Wohl und Wehe des deutschen Volkes Sekunda, wenn sie glauben, durch brutale Gewalt wieder in den Besitz der Macht gelangen zu können. Wie diese verblendeten Menschen unter der Führung Hindenburgs und Ludendorffs, gestützt von den alldeutschen Gewaltpolitikern, Deutschland ins tiefste Unglück gestürzt haben, so sind sie heute bereit, das niedergebrogene deutsche Volk vollends zu menschen. Denn auf etwas anderes läuft in der Wirkung ihrer Begierden und Trachten nicht hinaus. Diese gemeingefährlichen Volksfeinde im Offiziersrock scheuen sich auch nicht, mit den Kommunisten Beziehungen anzuknüpfen und Verbindungen einzugehen, nur um ihre Gewalt Herrschaft wieder errichten zu können.

Aber alle reaktionären Absichten und Versuche wären zur Ohnmacht verurteilt, wenn ihnen nicht das elende Treiben der Unabhängigen und Kommunisten zu Hilfe kommen würde. Indem die Linksradikalen systematisch die sonst unbefehgbare Kraft der deutschen Arbeiterbewegung zu zerstören versuchen, fördern sie die Umtriebe der Reaktion. Die in Deutschland wieder erstarkende Reaktion hat ihre besten Kräfte aus dem wahnsinnigen Treiben der Unabhängigen und Kommunisten gezogen. Es wird immer die furchtbare Schuld dieser Parteien bleiben, das getan zu haben.

Arbeiter! Wähler! Wählerinnen! Selbst am 6. Juni mit dem Stimmzettel die Demokratie und die Republik schützen! Seid gerüstet, um zum vernichtenden Schläge auszuholen, wenn die reaktionäre Bestie der Republik an die Gurgel springen will.

**Wählt Sozialdemokraten!
Kämpft Schulter an Schulter mit der
Sozialdemokratie!**

Reichstagswahl und Kriegswirtschaft.

Von A. Nemmele, Minister des Innern.
Im „Volkshilf“ hat sich dieser Tage ein Industrieller über die Frage der Fortführung der Kriegswirtschaft ausgesprochen und dabei Gedanken angeregt, die nicht unwiderprochen bleiben können. Richtig ist durchaus, daß die Kriegswirtschaft baldmöglichst zur völligen Auflö-

Wie einseitige Pfarrer über Sozialismus urteilen.

In Kassel hielt Oberbürgermeister Leinert, der Präsident der preussischen Landesversammlung, in der Stadthalle eine Rede über die Reichstagswahlen. In der Diskussion meldete sich auch Pfarrer Kuch zum Wort, der folgendes ausführte:
„Obwohl nicht Mitglied der sozialdem. Partei, sei er doch mit ganzem Herzen bei der Sache der Arbeiter. Er sehe den Kampf der Arbeiterklasse an als den Versuch, Macht und Einfluß zu gewinnen, um ihren Idealen, den Idealen des Sozialismus, Eingang im deutschen Volke zu verschaffen. Der Sozialismus will der ganzen Menschheit Gutes werden. Als Pfarrer verheißt er, daß sich die Arbeiterklasse aus der jetzigen Gesellschaftsordnung herauslöse nach besseren Zuständen. Als Christ erkenne er an, daß es notwendig sei, das ganze Gefüge auf eine neue, höhere und edlere Grundlage zu stellen. Das sei das Ziel des Sozialismus, und er könne sagen, daß nicht nur die Arbeiter, die bereits Mitglieder der sozialdem. Partei sind, sondern auch, speziell hier in Kassel, viele andere dem Streben der Arbeiterklasse volles Verständnis entgegenbringen und den Sieg des Sozialismus von ganzem Herzen herbeisehnen.“

„Inng gebracht werden muß, weil schon aus politischen Gründen es unmöglich ist, sie noch lange aufrecht zu erhalten. Allein so leicht wie sich der „Industrielle“ diese Ansicht vorstellt, sieht sich die Sache für diejenigen nicht an, welche für die zunächst daraus entstehenden Folgen die Verantwortung zu tragen haben.“

Die Zwangsbewirtschaftung der Landwirtschaft soll vollständig gestoppt werden. Wenn es so wäre, dann wären bald nur die zahlungsunfähigen Menschen in der Lage, sich mit Mehl und Milch nach Belieben zu versorgen. Als zusammengebrochen ansehen kann man die Zwangsbewirtschaft für Fleisch. Die ungünstige Entwicklung dieser Wirtschaft ist die Folge der plötzlichen Herabsetzung der Hüttenpreise, welche den Landwirten einen derart niedrigen Erlös für Hülle verschafft, daß sie, um existieren zu können, höhere Viehpreise erhalten müssen. Wenn es gelingt, bei dem weiteren Fortschreiten der Wertabsetzung die Einfuhr von Futtermitteln in großem Umfang möglich zu machen, dann steht der nötigen Verringerung der Zwangsbewirtschaft für Vieh nichts mehr im Wege, denn dann geht die Viehpflege dabei nicht in die Brüche.

Es war im Frühjahr 1919, als gegen die Kriegswirtschaft und Einfuhrkontrolle genau in demselben Sinne eine große Propaganda entfaltet worden ist wie jetzt anlässlich der Reichstagswahl. Die Vertreter des freien Handels haben der Öffentlichkeit vorgegeben, es würde durch Ausnutzung der privaten Kredite im Ausland möglich sein, das deutsche Volk mit Nahrungsmitteln in genügenden Mengen zu versehen. Unter dem Druck dieser Propaganda brach die Devisenordnung zusammen und da links des Rheins die Entente den deutschen Verwaltungsbehörden es unmöglich machte, eine planmäßige Ein- und Ausfuhrkontrolle zu organisieren, entwickelte sich schließlich ein völlig ungebundener Verkehr. Bald aber zeigte sich, daß der freie Handel gar kein Interesse behauptete nur lebensnotwendige Waren einzuführen, sondern er interessierte sich sehr stark für die Einfuhr von Luxuswaren wie Seide, Parfüm, Schokolade, Zigaretten und dergl. Dinge. Dieser wilde Verkehr trug in sehr bedeutendem Maße zum Zusammenbruch unserer Geldwährung bei, so daß schließlich die weiteren Volksschichten überhaupt nicht mehr in der Lage waren, die durch Wertabsetzung hervorgerufenen hohen Preise für Auslandslebensmittel zu bezahlen.

Die Regierung hat schließlich unter dem Druck des eingetretenen Massenlebens gegen Ende Dezember letzten Jahres hin die Rheingrenze abgegrenzt und läßt heute durch ihre Organe sämtliche Waren, die ohne Einfuhrgenehmigung im Transporth aufgehalten werden unter Verfall der Einfuhrpreise beschlagnahmt und enteignet. Dadurch, daß nun in Holland und sonst im Ausland nicht tausende von Händlern als Käufer in ungebundener Betätigung auftreten, mußte sich der ausländische Handel mit den Reichsbehörden über die Einfuhr von Waren in Verbindung setzen und es konnte bald die Wirkung hier von in Form von scharfer Herabsetzung der Preise festgesetzt werden. Ein Teil der Industrie und des Großhan-

fels ist über die Einengung seiner Geschäftstätigkeit erobert und redet jetzt dem Volk wieder vor, um wie viel besser es um den fuhrkontrolle bald fallen.

Diejenigen Industriellen, welche auf die gewonnenen hohen Gewinne nicht verzichten wollen, empfinden jede staatliche Heberhöhung, ob sie durch die Außenhandelsstellen erfolgt oder durch auf dem Boden der Selbstverwaltung gebildete industrielle Interessengemeinschaften durchgeführt ist, als ein Verleumd.

Das badische Ministerium des Innern hat, soweit die Zwangsbewirtschaft für landwirtschaftliche Produkte in Betracht kommt, vor mehreren Wochen schon seine Stellungnahme Berlin gegenüber dahin präzisiert, daß außer der Bewirtschaftung von Getreide und Milch die Zwangsbewirtschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden kann und aufgehoben werden muß. Im übrigen aber kann die deutsche Wirtschaft nicht gesund werden, wenn in unserer Zeit der allgemeinen Unsicherheit der Verhältnisse der Import und Export von Waren ohne Staatskontrolle vor sich geht und wenn der spekulativen Ausnutzung des Warenmarktes Tür und Tor offen stehen. Das Wohl der Nation, wie auch das Wohl der erwerbstätigen Bevölkerungsschichten erfordert eine genaue Ueberwachung der ganzen Volkswirtschaft und ein systematisches Aufeinanderabstimmen der einzelnen Teile derselben. Von dieser Richtlinie dürfen sich die Menschen, die sich der Verantwortung ihrer Handlungsweise bewußt sind, auch nicht abbringen lassen, wenn eine Reichstagswahl vor der Tür steht. Die Erneuerung würde bei dem „Schwimmen mit dem Strom“ sehr bald wieder folgen, aber genau so wie vor einem Jahr zum Schaden des Volkes, als nach dem Zusammenbruch der Devisenordnung die wilde Schieberlei durch das Hoch im Westen der deutschen Wirtschaft den letzten Stoß zum Sinkgleiten in den Abgrund gegeben hat.

Politische Uebersicht.

Der Zentrumskavalier der Frauen.

Mit besonderem Eifer puziert das Zentrum auch bei dieser Wahl wieder die Frauen, jedoch man meinen sollte, es gibt keinen glühenderen Freund der Frauenrechte als gerade das Zentrum. Wir haben aber schon bei den ersten Wahlen nach der Revolution die Frauen darauf hingewiesen, daß der Zentrumskavalier eigentlich ein ganz anderer Freund ist, der es mit den Frauen gar nicht so herzlich meint wie er tut. Er stößt den Frauen etwas vor den „Gefährdung der Religion durch die Sozialdemokratie“. In Wirklichkeit glaubt er selbst nicht an diese Gefährdung, aber er benutzt diese Stimmung, um auf das für religiöse Dinge empfindliche Frauengewir einzuwirken und die beirrte Weiblichkeit seinen Zwecken dienlich zu machen.

In Wirklichkeit war das Zentrum von jeher der schärfste Gegner des Frauenwahlrechts.

Der Zentrumskavalier Dr. Kausmann erklärte am 16. Juni 1918 im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Ich bin mit meinen politischen Freunden darin vollständig einig, daß wir eine politische Betätigung der Frauen im kommunalen und öffentlichen Leben durch die Ausübung des Stimmrechts nicht ausdrücklich halten und darum ablehnen.“

Ebenso in Baden. Knapp ein halbes Jahr vor der Revolution hat das Zentrum im badischen Landtag das Frauenwahlrecht für die Gemeindevahlen niedergeschrieben und nach der Revolution suchte der „Volkshilf“ diese Tat damit zu entschuldigen, daß er in einer Polemik gegen den „Volkshilf“ schrieb:

„Niemand weiß besser als die Damenwelt (1), daß das Vergehen nach dem Stimmrecht in ihren Reizen nicht in dem Umfang vorhanden war, daß ein zwingender Grund zur sofortigen Einführung vorlag. Daß die neue Zeit neue Verhältnisse schuf, dem trägt das Zentrum Rechnung. Also weil die „Damen“ das allgemeine Wahlrecht der Frauen nicht wollten, deshalb half das Zentrum mit, das Recht der Frauen niedergeschrieben und nur widerwillig trägt das Zentrum der „neuen Zeit Rechnung“, weil es eben nicht anders geht. Das sollten die Frauen sich vor Augen halten, wenn der

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjef.

„Jetzt“, sagte Arkadi, bereits im Bette liegend, zu Basaroff, der sich ebenfalls auf die Nachtruhe vorbereitete, „jetzt kann ich dir gegenüber wiederholen, was du einst zu mir sagtest: Warum bist du so traurig? Redenfalls weil du irgend eine heilige Pflicht erfüllst hast.“

„Seit einiger Zeit hatte die beiden jungen Leute die Gewohnheit angenommen, sich einander in bitterlicher Weise zum Besten zu halten, was stets ein Zeichen von geheimer Unzufriedenheit oder unausgesprochenem Argwohn ist.“

„Ich reife morgen zu meinem Vater“, sagte Basaroff. Arkadi wandte sich um und stützte sich auf den Ellbogen. Aus irgend einem Grunde überrannte und freute ihn diese Nachricht zu gleicher Zeit.

„Wohin?“ sprach er. „Und das ist, was dich so traurig stimmt?“

Basaroff gähnte. „Wer zu viel wissen will, wird rasch alt.“ „Und Anna Sergejewna?“ fuhr Arkadi fort. „Was soll Anna Sergejewna?“

„Ich wollte sagen: läßt sie dich denn gehen?“ „Ich stehe nicht in ihrem Solde.“

Arkadi wurde nachdenkend und Basaroff legte sich zu Bett und kehrte das Gesicht zur Wand. Mehrere Minuten vergingen schweigend. „Eugen!“ rief plötzlich Arkadi.

„Wann?“ „Ich fahre morgen mit dir.“ Basaroff antwortete nicht.

„Aber ich werde nach Hause zurückkehren“, fuhr Arkadi fort. „Wir fahren zusammen bis zu der Chochlowskischen Ansiedlung und dort kannst du dir bei Fedot Pferde nehmen. Ich hätte mit deinen Eltern gern Bekanntschaft gemacht, aber ich fürchte ihnen unbeanen zu werden... und dir ebenfalls. Du kommst doch später wieder zu uns?“

„Ich habe mein Gewäch bei euch zurückgelassen“, erwiderte Basaroff, ohne sich umzuwenden.

„Warum fragte er mich nicht, aus welchem Grunde ich abreise? Und zwar ebenso plötzlich wie er selbst?“ dachte Arkadi. „Und in der Tat, warum reisen wir eigentlich ab, er jowohl wie ich?“ fuhr er fort zu grübeln.

Er vermochte keine befriedigende Antwort auf seine eigene Frage zu finden, und sein Herz füllte sich mit geheimer Bitterkeit. Er fühlte, daß es ihm schwer fallen werde, sich von dem Leben zu Nikolaie, an das er sich so sehr gewöhnt hatte, zu trennen; aber nach seines Freundes Absicht allein zurückzubleiben schien ihm etwas seltsam.

„Es ist jedenfalls etwas zwischen ihnen vorgefallen“, grübelte er bei sich. „Wozu soll ich ferner vor ihr paradien, wenn er abgereist ist? Ich würde mir nur noch mehr die Unnade zuziehen und mich auch um den letzten Rest meiner Ausflüchte bringen.“

Und Anna Sergejewna trat ihm lebhaft vor die Seele, dann aber verdrängten nach und nach andere Züge das schöne Bild der jungen Witwe.

„Auch Katia macht mirummer“, flüsterte Arkadi in sein Kissen, auf das bereits ein paar Tränen gefallen waren.

Aber plötzlich warf er das Haupt zurück und sagte laut: „Warum zum Teufel ist denn dieser Ged von Sinitzoff hierher gekommen?“

Zum erstenmal rührte sich Basaroff in seinem Bette. „Ich sehe, mein Lieber, du bist noch sehr dumm“, sagte er. „Die Sinitzoffs sind uns unentbehrlich. Ich wenigstens kann ohne solche Narren gar nicht leben. Du verstehst mich doch? In der Tat, die Götter sind nicht dazu da, Töpfe zu machen!“

„Um, hm.“ dachte Arkadi für sich und zum erstenmal zeigte sich ihm einen Augenblick Basaroffs Selbstbewußtsein in seiner ganzen Größe. „Wir gehören also zu den Göttern? — das heißt du, denn ich zähle doch wohl noch zu den Narren?“

„Ja“, sagte Basaroff finster, „du bist noch dumm.“ Frau Odinzoff zeigte sich nicht gerade sehr erkrankt, als Arkadi am andern Morgen ihr erklärte, daß er mit Basar-

*) Russisches Sprüchwort.

roff abreisen wolle; sie schien zerstreut und milde. Katia sah ihn ernst und schweigend an, während die Fürstin unter ihrem Schamfil sich derart bekreuzte, daß er es unbedingt bemerken mußte. Sinitzoff dagegen geriet in die größte Bestürzung. Er hatte soeben erit, und zwar extra zum Frühstück, einen ganz neuen eleganten Rock angezogen, an dem man jedoch diesmal nichts vom Sclavophilen bemerkte. Am vorhergehenden Abend hatte er den mit seiner Erwartung beauftragten Bedienten in das größte Erlaunen geleitet durch die ungläubliche Menge Wädsche, die er mitgebracht hatte — und da lassen ihn nun plötzlich seine Gefährten im Stich! Er trippelte angstvoll hin und her, lust wie ein gealterter Hase am Waldbesam; dann kündete er plötzlich mit einer Art Entsetzen, ja fast mit einem Schreien, daß auch er entschlossen sei abzureisen. Frau Odinzoff suchte ihn nicht zurückzuhalten.

„Ich habe eine sehr bequeme Kalesche, sagte der unglückliche Jüngling zu Arkadi gewendet hinzu; „ich bringe Sie nach Hause und Eugen Wassilitsch nimmt Ihren Kavalier; es wird sogar viel bequemer für ihn.“

„Meinen Sie? Aber unser Reiseziel liegt gar nicht auf Ihrem Wege, und bis zum Gute meines Vaters ist es ziemlich weit.“

„Das tut nichts, das tut nichts! Ich habe Zeit in Stille und Stille, zudem habe ich in jener Gegend Geschäfte.“

„Brandweinengeschäfte?“ fragte Arkadi etwas zu verächtlich.

Aber Sinitzoff war in einer solchen Beweifung, daß er ganz wider seine Gewohnheit nicht einmal zu lachen anfang.

„Ich verfidere Sie, meine Kalesche ist außerordentlich bequem“, fuhr er fort, „es ist für uns alle Raum darin.“

„Kränken Sie Herrn Sinitzoff nicht durch eine abschlägige Antwort“, sagte Anna Sergejewna.

Arkadi sah sie an und neigte unterwürdig das Haupt. Nach dem Frühstück fuhren die Gäste ab. Beim Abschiednehmen reichte Frau Odinzoff Basaroff die Hand und sagte zu ihm: „Auf Wiedersehen, nicht wahr?“

„Wie Sie wünschen“, antwortete Basaroff. „In dem Fall — auf Wiedersehen.“ (Fortf. folgt.)

**Di
Entw
Sozia
Ma**

Zentrumskavalier der Frauen, war es einzigartig. Die... (Text continues)

Kommun

In einer... (Text continues)

Herr S

... (Text continues)

So schei

... (Text continues)

Die h

... (Text continues)

Die

... (Text continues)

Die Sozialdemokratie fordert:

Entmilitarisierung des Reiches. — Demokratisierung der Verwaltung. — Sozialisierung der dazu reifen Betriebe. — Reform der zurückgebliebenen Narverhältnisse. — Ausbau der Rechte aller werktätigen Klassen.

Zentrumskavaller von Liebe flüchtet. Gibt ihm den Kaufpaß der Frauen, und wählt sozialdemokratisch! Von allen Parteien war es einzig die Sozialdemokratie, die für das Frauenwahlrecht kämpfte. Die Frauen beschimpfen sich selbst, wenn sie innerlich Gegnern des Frauenwahlrechtes ihre Stimme geben.

Kommunisten wählt deutschnational!

Kommunistischer Verrat an der Arbeiterklasse.
In einer Versammlung im Köpenicker Stadttheater referierte Genosse Eduard Bernstein über die bevorstehenden Reichstagswahlen. In der Diskussion sprachen u. a. je zwei Anhänger der U.S.P. und der R.P.D. Ein Herr Kette, Mitglied des Aktionsausschusses der Köpenicker U. S. P. D., erklärte, daß das allgemeine Wahlrecht sogar den Jugendlichen und den Dienstmädchen einen Einfluß auf die Gestaltung der Republik gäbe. Das sei nicht gut, denn alle Macht gehöre den Arbeiterräten, die sie sich durch die Diktatur des Proletariats erringen müssen. Den Vorschlag aber der Köpenicker des Erwerbslosenrats der U. S. P. D. Gajda ab, der die Versammlung mehrmals aufforderte, nicht U.S.P. nicht R.P.D. sondern deutschnational zu wählen! Die Ausführungen dieser beiden Redner brachten eine Stimmung hervor, wie es sich die Brüder von links nicht träumen ließen.

Der Tintenschiff Stresemann.

Herr Stresemann gebärdet sich wie der Tintenschiff. So bald er zu klar durchscheint wird spritzt er dunkle Flüssigkeit um sich um das Wasser, in dem er schwimmt, zu trüben und undurchsichtig zu machen. So hat er seine erste Parteierklärung, die er unter der „Reichstagslerche“ des Herrn Kapp gab, nämlich mit den Putschleuten des 13. März unter gewissen Voraussetzungen mitzuarbeiten, nachträglich mit Tinte so bespritzt, daß man sie nicht mehr erkennen soll. Neulich verfuhr er mit seinem republikanischen Bekenntnis, das er jetzt niemals ausgesprochen haben will. Doch ist einwandfrei festgestellt, daß im November 1918 Abmachungen über die Frage Monarchie oder Republik unter Beteiligung des Herrn Stresemann getroffen worden sind, wobei folgende Einigung erzielt worden ist:

„Die Monarchie hat den Weltkrieg nicht zu überleben vermocht. Ein Versuch ihrer Wiedererrichtung würde schwerste innere Kämpfe zur Folge haben müssen. So treten wir (die Partei Stresemann) auf den Boden der republikanischen Staatsform.“

Gegenüber den Verdunkelungsversuchen Stresemanns hat Herr von Nitschows ausdrücklich die Nichtigkeit dieser Darstellung bestätigt, die der Abgeordnete Dr. Bachmole festgestellt hatte. Trotzdem gelangt es Herrn Stresemann weiterhin, mit Tintenschiffgebarren als Führer der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf aufzuspielen.

So sehen die reaktionären Gelben im Offiziersrock aus.

Nr. 270663 P.
Kriegsministerium.
Betr. Kriegsverwendung. München, den 25. Oktober 1918.

In der Etappe, im besetzten Gebiet und in der Heimat ist eine sehr große Anzahl von nur garnüberwendungsunfähigen aktiven Hauptleuten, Oberleuten und Leutnants verwendet, die nur sehr kurze Zeit während des Krieges an der Front verwendet waren, oder die sich schon lange in ihrer gegenwärtigen Verwendung befinden. Ich bitte, den betreffenden Offizieren Erläuterungen zu lassen, daß für ihre Verlastung im aktiven Dienste bei der Demobilisierung die Gründe, aus denen sie längere Zeit dem Frontdienst entzogen waren, genau nachsprühen sein werden.

Die hier so gekennzeichneten feigen Brüderberger werden heute die eifrigsten Reaktionen und sicher auch Stützen der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei sein.

Die eingestampfte Metallarbeiter-Zeitung.

Vor rund sechs Monaten hatten die unabhängigen den Kampf innerhalb des Metallarbeiterverbandes auf den Höhepunkt getrieben. Der „konterrevolutionäre“ alte Verbandsvorstand wurde auf der Stuttgarter Tagung abgesetzt und Brandes und Dismann setzten sich auf die Stuttgarter Stühle. Sie kündigten eine neue Ära gewerkschaftlicher Entwicklung und gewerkschaftlicher Tatkraft an. In der von der unabhängigen Mehrheit angenommenen, von Dismann begründeten Resolution versprachen sie Haltung und Politik des Verbandes konsequent „auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätekommunismus einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sichern Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats“. Brandes, Dismann und Richard Müller, der Mediant der „Metallarbeiter-Zeitung“, haben damals erklärt, daß die Forderungen sofort durchführbar seien. Heute sind sie sechs Monate lang unbeschränkte Herren im Vorstand, kein Sozialdemokrat, kein „konterrevolutionärer Gewerkschaftsbosse“ hat sie gebindert. Den Aufbau der großen Industriearbeiterorganisation der Metallindustrie zu beginnen, die Kopf- und Handarbeiter umfassen soll. Wo ist sie. Niemand wäre ihnen in den Arm gefallen, wenn sie den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften, gegen die „Inflationspolitik“ der Gewerkschaften, gegen den gewerkschaftlichen Bürokratismus aufgenommen hätten. Aber bis heute hat noch niemanden daran gesehen, die beweisen, daß der unabhängige Metallarbeiterverband in die neue Ära des richtigen revolutionären Klassenkampfes und des Rätekommunismus eingetreten ist.

Nur eine Kleinigkeit hat sich geändert: die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“. Aus ihr dröhnen seit sechs Monaten die Donnerworte, mit denen die „verräterische“ „konterrevolutionäre“ alte Gewerkschaftsbürokratie in Grund und Boden verdammt wird. Aber merkwürdigerweise haben die Brandes und Dismann auf einmal die Freude an dem „radikalen“ Geistes ihres Freundes Richard Müller gründlich verloren. Es ist ihnen unangenehm, wenn in seiner eigenen Zeitung immer wieder auf die verberbliche, verräterische Wirkung des Gewerkschaftsbürokratismus, der Zentralpolitik an Verwaltungsstellen, die mit Warnungen, Mahnungen, Abmürken von Streikern usw. hingewiesen wird — während die Brandes und Dismann

und dem Obrigkeitstaate nie ernstlich darum zu tun war, die Beamten wirtschaftlich zu heben. Die in der Zeit wirtschaftlicher Hochflut durchgeführte Besoldungsreform kostete das Reich 100 Millionen Mark; dafür wurden dann im Weltkrieg jährlich etwa 10 Milliarden dem Kriegsmoloch geopfert. Die in Zeiten der Verarmung Deutschlands unter tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokratie durchgeführte Reichsbesoldungsreform kostete das Reich jedoch 10 Milliarden Mark. Die Beamten sind in den Zeiten, als Deutschland im Goldschwamm, proletariert worden: Die Nationalökonominnen Dr. Elz und Danneberg wiesen schon im Jahre 1908 an Hand von Statistiken nach, daß die Beamten das dreifache an Gehalt erhalten müßten, wenn sie den ihnen ebenbürtigen Arbeitern wirtschaftlich gleichgestellt werden sollten. Was laten hieragen die früheren Regierungsparteien?

Der Weltkrieg und in seinem Gefolge die Teuerung haben die weitere rapide Verelendung der Beamtenschaft zur Folge. Anstatt die Gehälter erheblich zu erhöhen trug man sich in den ersten Kriegsjahren mit dem Gedanken, die Gehälter zu kürzen. Erst im 2. Kriegsjahr bewilligte man den Beamten eine Teuerungszulage von monatlich — 6 M. — Die realistischen Parteien schweigen sich vor allem auch darüber aus, daß die berechtigten Klagen der heutigen Beamtenschaft über die mangelhafte Kaufkraft des Geldes nicht auf das Konto der Sozialdemokratie sondern auf das Konto der Parteien zu setzen seien, die seit Jahrzehnten den Weltkrieg als das „Stahlbad“ und den „Jungbrunnen der Menschheit“ herbeigeführt haben. — Die Beamten werden nicht verschämen, am Wahltag ihren „Staatsverhaltenden“ „Freunden“, die auch jetzt wieder mit so vielen Versprechungen bei der Hand sind, die entsprechende Antwort zu geben.

Demokratie bei der Post.
Ein Postbeamter schreibt uns: Zum Thema „Besoldungsreform“ seien einzusetzen einige Worte über die Verhältnisse bei der Post, die der freien Öffentlichkeit zeigen mögen wie wenig bei dieser Verwaltung dem demokratischen Geist der neuen Zeit Rechnung getragen wird, und wie man es hier auch heute noch — wie im früheren Obrigkeitstaate — vertritt, im krassen Gegensatz zu den Grundgedanken unserer demokratischen Staatsform und den Grundgedanken sozialer Gerechtigkeit den Abstand zwischen höheren und mittleren Beamten möglichst groß zu halten.

Bei der von der Beamtenschaft schon lange geforderten Neuregelung des Personalwesens der Post sollte, dem demokratischen Gedanken Rechnung tragend, eine

Ein Postbeamter schreibt uns: Zum Thema „Besoldungsreform“ seien einzusetzen einige Worte über die Verhältnisse bei der Post, die der freien Öffentlichkeit zeigen mögen wie wenig bei dieser Verwaltung dem demokratischen Geist der neuen Zeit Rechnung getragen wird, und wie man es hier auch heute noch — wie im früheren Obrigkeitstaate — vertritt, im krassen Gegensatz zu den Grundgedanken unserer demokratischen Staatsform und den Grundgedanken sozialer Gerechtigkeit den Abstand zwischen höheren und mittleren Beamten möglichst groß zu halten.

Bei der von der Beamtenschaft schon lange geforderten Neuregelung des Personalwesens der Post sollte, dem demokratischen Gedanken Rechnung tragend, eine

Badische Politik.

Die Beamten und die Reichstagswahlen.
Kurz und treffend beleuchtete unser Gen. Oberreferent Beech in einer von allen Kreisen der Beamtenschaft heftigsten öffentlichen Versammlung in Heidelberg die Lage der Beamten einst und jetzt und das Verhältnis der Parteien zu ihnen, indem er ausführte: „In dem zugehörigen Verlauf der Parteien um die Gunst der Beamten verweigern die früheren Regierungsparteien heute vor allem die Tatsache, daß es ihnen

Anruf der Jahrgänge 1900, 1899 usw.

Am 6. Juni 1920 wählen die deutschen Staatsbürger beiderlei Geschlechts den ersten Reichstag der deutschen Republik. Jugendliche Wähler und Wählerinnen, wie ihr teils im vorigen Jahre erstmalig an die Urne getreten, teils diesjährig bis am Wahltag das 20. Lebensjahr erreicht, ihr seid berufen, den Ausgänger der Wahl entscheidend zu beeinflussen. Die Sozialdemokratie war es, die — getreu ihrem Programm — den 20jährigen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts die politische Gleichberechtigung erkämpfte.

Starkes Zehren nach Anteil an den Schönheiten des Lebens und dem Genuss der Güter, wie solche dem Besessenen dienen bewegt euer Inneres; stärker denn je beschäftigt euch die Frage, ob die Gesellschaftsklasse, der ihr angehört, nicht denselben Vorzüge des Lebens zu beanspruchen hat, wie diejenigen, denen der Geldbesitz alle Güter einräumt.

Ihm Klassenbewußtsein erwacht, heißt es nun, klar den Weg erkennen, der zur Vervollständigung eurer Freiheit führt; also hütet zu eurer Freiheit im Befreiungskampf des Proletariats!

Am 9. November 1918 übernahm die Sozialdemokratie das Erbe einer zusammengebrochenen Militärs- und Gewalttherrschaft. Ein unerklärlicher übermütiger Sieger besaß und verweigert der jungen Republik die Lebensnotwendigkeiten, so daß es der Arbeiter bei aller anspannendsten Arbeit insbesondere der sozialdemokratischen Mitglieder noch nicht möglich war, der Lebensnot zu steuern.

Diesem bürgerlichen kapitalistischen Parteien, welche das große Unglück des Weltmenschen verschulden, werden auch heute um die Stimmen der Wähler.

Da heißt es anspornen! denn alle bürgerlichen Parteien haben des eine gemein:
Dem Staat der wirftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit und der Demokratie stehen sie fern!

In dem Kampf der Arbeiterklasse müssen die Jugendlichen: Mäherheit und klaren Denken des gereiften Kämpfers mit der Begeisterung und dem stürmischen Drängen der Jugendlichen sich verbinden.

Diese Jugendlichen in euch, ihr jugendlichen Wähler und Wählerinnen zu entflammen, ist nur der Sozialismus fähig, sagt doch schon Ferdinand Lassalle, daß die mühsamen Fortreibungen der Gedankenlosen“ und „der harmlose Leidensfinn der Unbedeutenden“ der zum Klassenbewußtsein erwachten Jugend nicht ziemen.

Kämpfer sein für eine neue, für die sozialistische Ordnung!

In diesem Sinne waren die 163 sozialdemokratischen Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung tätig, trotz der Gefahren, die den jungen Republik innen und außen bedrohten. Die vollständige Hebung der Kriegsschulden bedarf Jahrzehnte.

Die deutsche Republik wünschlich zu gestalten, wurde in 182 Artikeln der neuen deutschen Verfassung das Staatsgrundgesetz, das Fundament, auf dem sich das rechtliche, d. h. das gesetzlich geordnete Leben- und Miteinanderleben der Staatsbürger — früher Untertanen — abspielt, gebildet.

Durch die Mitwirkung der Vertreter unseres Vertrauens geschaffen, wird die neue Reichsverfassung auch für das Volk von höchstem Nutzen sein!

In kultureller, wirtschaftlicher und politischer Richtung sind — gemeinsam an die Vorkriegszeit — große Errungenschaften zu verzeichnen.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

und dem Obrigkeitstaate nie ernstlich darum zu tun war, die Beamten wirtschaftlich zu heben. Die in der Zeit wirtschaftlicher Hochflut durchgeführte Besoldungsreform kostete das Reich 100 Millionen Mark; dafür wurden dann im Weltkrieg jährlich etwa 10 Milliarden dem Kriegsmoloch geopfert. Die in Zeiten der Verarmung Deutschlands unter tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokratie durchgeführte Reichsbesoldungsreform kostete das Reich jedoch 10 Milliarden Mark. Die Beamten sind in den Zeiten, als Deutschland im Goldschwamm, proletariert worden: Die Nationalökonominnen Dr. Elz und Danneberg wiesen schon im Jahre 1908 an Hand von Statistiken nach, daß die Beamten das dreifache an Gehalt erhalten müßten, wenn sie den ihnen ebenbürtigen Arbeitern wirtschaftlich gleichgestellt werden sollten. Was laten hieragen die früheren Regierungsparteien?

Der Weltkrieg und in seinem Gefolge die Teuerung haben die weitere rapide Verelendung der Beamtenschaft zur Folge. Anstatt die Gehälter erheblich zu erhöhen trug man sich in den ersten Kriegsjahren mit dem Gedanken, die Gehälter zu kürzen. Erst im 2. Kriegsjahr bewilligte man den Beamten eine Teuerungszulage von monatlich — 6 M. — Die realistischen Parteien schweigen sich vor allem auch darüber aus, daß die berechtigten Klagen der heutigen Beamtenschaft über die mangelhafte Kaufkraft des Geldes nicht auf das Konto der Sozialdemokratie sondern auf das Konto der Parteien zu setzen seien, die seit Jahrzehnten den Weltkrieg als das „Stahlbad“ und den „Jungbrunnen der Menschheit“ herbeigeführt haben. — Die Beamten werden nicht verschämen, am Wahltag ihren „Staatsverhaltenden“ „Freunden“, die auch jetzt wieder mit so vielen Versprechungen bei der Hand sind, die entsprechende Antwort zu geben.

Demokratie bei der Post.

Ein Postbeamter schreibt uns: Zum Thema „Besoldungsreform“ seien einzusetzen einige Worte über die Verhältnisse bei der Post, die der freien Öffentlichkeit zeigen mögen wie wenig bei dieser Verwaltung dem demokratischen Geist der neuen Zeit Rechnung getragen wird, und wie man es hier auch heute noch — wie im früheren Obrigkeitstaate — vertritt, im krassen Gegensatz zu den Grundgedanken unserer demokratischen Staatsform und den Grundgedanken sozialer Gerechtigkeit den Abstand zwischen höheren und mittleren Beamten möglichst groß zu halten.

Bei der von der Beamtenschaft schon lange geforderten Neuregelung des Personalwesens der Post sollte, dem demokratischen Gedanken Rechnung tragend, eine

Anruf der Jahrgänge 1900, 1899 usw.

Am 6. Juni 1920 wählen die deutschen Staatsbürger beiderlei Geschlechts den ersten Reichstag der deutschen Republik. Jugendliche Wähler und Wählerinnen, wie ihr teils im vorigen Jahre erstmalig an die Urne getreten, teils diesjährig bis am Wahltag das 20. Lebensjahr erreicht, ihr seid berufen, den Ausgänger der Wahl entscheidend zu beeinflussen. Die Sozialdemokratie war es, die — getreu ihrem Programm — den 20jährigen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts die politische Gleichberechtigung erkämpfte.

Starkes Zehren nach Anteil an den Schönheiten des Lebens und dem Genuss der Güter, wie solche dem Besessenen dienen bewegt euer Inneres; stärker denn je beschäftigt euch die Frage, ob die Gesellschaftsklasse, der ihr angehört, nicht denselben Vorzüge des Lebens zu beanspruchen hat, wie diejenigen, denen der Geldbesitz alle Güter einräumt.

Ihm Klassenbewußtsein erwacht, heißt es nun, klar den Weg erkennen, der zur Vervollständigung eurer Freiheit führt; also hütet zu eurer Freiheit im Befreiungskampf des Proletariats!

Am 9. November 1918 übernahm die Sozialdemokratie das Erbe einer zusammengebrochenen Militärs- und Gewalttherrschaft. Ein unerklärlicher übermütiger Sieger besaß und verweigert der jungen Republik die Lebensnotwendigkeiten, so daß es der Arbeiter bei aller anspannendsten Arbeit insbesondere der sozialdemokratischen Mitglieder noch nicht möglich war, der Lebensnot zu steuern.

Diesem bürgerlichen kapitalistischen Parteien, welche das große Unglück des Weltmenschen verschulden, werden auch heute um die Stimmen der Wähler.

Da heißt es anspornen! denn alle bürgerlichen Parteien haben des eine gemein:
Dem Staat der wirftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit und der Demokratie stehen sie fern!

In dem Kampf der Arbeiterklasse müssen die Jugendlichen: Mäherheit und klaren Denken des gereiften Kämpfers mit der Begeisterung und dem stürmischen Drängen der Jugendlichen sich verbinden.

Diese Jugendlichen in euch, ihr jugendlichen Wähler und Wählerinnen zu entflammen, ist nur der Sozialismus fähig, sagt doch schon Ferdinand Lassalle, daß die mühsamen Fortreibungen der Gedankenlosen“ und „der harmlose Leidensfinn der Unbedeutenden“ der zum Klassenbewußtsein erwachten Jugend nicht ziemen.

Kämpfer sein für eine neue, für die sozialistische Ordnung!

In diesem Sinne waren die 163 sozialdemokratischen Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung tätig, trotz der Gefahren, die den jungen Republik innen und außen bedrohten. Die vollständige Hebung der Kriegsschulden bedarf Jahrzehnte.

Die deutsche Republik wünschlich zu gestalten, wurde in 182 Artikeln der neuen deutschen Verfassung das Staatsgrundgesetz, das Fundament, auf dem sich das rechtliche, d. h. das gesetzlich geordnete Leben- und Miteinanderleben der Staatsbürger — früher Untertanen — abspielt, gebildet.

Durch die Mitwirkung der Vertreter unseres Vertrauens geschaffen, wird die neue Reichsverfassung auch für das Volk von höchstem Nutzen sein!

In kultureller, wirtschaftlicher und politischer Richtung sind — gemeinsam an die Vorkriegszeit — große Errungenschaften zu verzeichnen.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

Rehr noch wäre erreicht, wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten die Neugestaltung gesemmt hätten.

allgemeine Hebung der Postbeamten erfolgen. Den unteren und mittleren Beamten sollte die Möglichkeit geboten werden, vorwärts zu kommen. Wie dies erreicht wurde, möge folgende Betrachtung zeigen. Man hat die vorhandenen gedruckten Oberpostassistenten zu Betriebsassistenten und die Postassistenten und Oberpostassistenten zu Sekretären gemacht, die Vizebetriebsassistenten als Direktoren und die Oberpostassistenten als Poststratzen in Gruppe X eingereiht. Nur die vorhandenen und geprüften Sekretäre und Obersekretäre, d. h. diejenigen mittleren Postbeamten, die außer einer nachjähriger Ausbildungszeit abzuliegenden Assistentenprüfung nach zehnjähriger Dienstzeit die Sekretär-(Verwaltungs-)prüfung, eine von aller Eingereihten als die schwerste Nachprüfung aller mittleren Beamten bezeichnete Prüfung abgelegt haben, sollen nicht gehoben werden. Die Sekretäre werden mit den bisherigen Assistenten in Gruppe VI und die Obersekretäre in Gruppe VII eingereiht. Sie bleiben also was sie bisher waren. Einige wenige Betriebsassistenten, von denen es übrigens in Baden keinen einen gibt, will man in Gruppe VIII einreihen. Der Hauptteil der gehobenen mittleren Beamten ist also in die niedere Besoldungsgruppe gedrückt und wird dadurch von Gruppe X (Anfangsstufe der höheren Beamten) weit ferngehalten. Diese kaum gläubliche Maßnahme entspricht keineswegs den Forderungen der neuen demokratischen Zeit. Sie ist nur geeignet, ein neues Moment der Unruhe und Erregung in die Beamtenchaft zu tragen und die allgemeine Verärgerung und Verstimmung, die doch bei uns wahrlich groß genug ist, noch zu steigern. Nicht zum Wohle der Allgemeinheit.

Die Sekretäre und Obersekretäre begrüßen die Hebung der unteren Beamten und der Assistenten. Sie fordern aber auch eine gleichmäßige Hebung ihrer Klasse und wenden sich mit aller Schärfe gegen die völlig undemokratische Bestrebung auf Wahrung oder gar Vergrößerung des Abstandes zwischen mittleren und höheren Beamten. Hierbei rechnen sie auf die Unterstützung der großen Mehrheit des freisinnig gesinnten deutschen Volks und der Volkserwählter im neuen Reichstag, für die es eine dankbare Aufgabe sein wird, einer so richtig hochstehenden Klasse der Postbeamten, die wiederholt als Mätkrat der Verwaltung anerkannt wurde, zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Aus der Partei.

S. Landtagswahlkreis.

Am Freitag, den 4. Juni: In Karlsruhe, abends 8 Uhr, in der „Festhalle“. Referenten: Gen. Schöpplein und Genossin Trantwein-Forzheim. — Durlach, abends 7 1/2 Uhr, in der „Festhalle“. Referenten: Gen. Graf-Forzheim und Genossin Anders-Karlsruhe. — Gaggenau, nachm. 3 Uhr Referent: Gen. Rothbach-Karlsruhe. — Mühlbach, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Gen. Gert-Forzheim. — Aue, abends 8 1/2 Uhr, im „Stern“. Referent: Gen. Prull und Genossin Schicht-Karlsruhe. — Mühlbach, abends 8 Uhr, im „Rosa Mar“. Referent: Gen. Meyer-Weingarten. — Gernsbach, abends 8 Uhr, im „Rödlchen Hof“. Referent: Gen. Rothbach-Karlsruhe. — Ettlingen, abends 7 1/2 Uhr in der „Sonne“. Referenten: Gen. Geiger-Forzheim und Genossin Fischer-Karlsruhe. — Gernsbach, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Gude-Karlsruhe. — Dos, abends 8 Uhr, Referenten: Gen. Trinks und Genossin Müller-Forzheim. — Rastatt, abends 8 Uhr, im „Nathaus“. Referent: Gen. Stenz-Karlsruhe. — Mühlbach, abends 8 1/2 Uhr, in der „Mose“. Referent: Gen. Steinhäuser-Wilferdingen. — Eichtental, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Referenten: Genosse Veck-Karlsruhe und Dequener-Baden. — Baden-Weil, abends 8 Uhr, im „Mehrischen Hof“. Referenten: Gen. Wunder und Genossin Hering-Baden.

Am Samstag, 5. Juni: In Neidenbach, Abtal, abends 8 Uhr. Referenten: Gen. Wijk-Karlsruhe und Genossin Anecht-Karlsruhe. — Rastatt, abends 8 1/2 Uhr, Referenten: Gen. Götze und Genossin Birk-Karlsruhe. — Gernsbach, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Meyer-Weingarten. — Grünwinkel, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Sigmund-Karlsruhe. — Graben, abends 8 1/2 Uhr im „Schwanen“. Referent: Gen. Krüschbach-Brachthal. — Detschheim, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Kunge-Karlsruhe. — Mühlbach, abends 8 1/2 Uhr, im „Lamm“. Referent: Genosse Hamann-Forzheim. — Gernsbach, abends 8 Uhr, im „Nathaus“. Referent: Gen. Gude-Karlsruhe. — Weingarten, abends 8 Uhr. Referent: Gen. Rüdert. — Weingarten, abends 8 Uhr, im „Hirsch“. Referent: Gen. Weber-Durlach. — Gernsbach, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Gert-Karlsruhe. — Untergrömbach, abends 8 Uhr. Referent: Gen. Veck-Karlsruhe. — Weiertheim, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Genosse

Die Reaktion im Spiegel der Zeit.

Die Reaktion und ihre Mittel sind sich allezeit gleich geblieben. Ob in der Epoche des Sieges oder der Niederlage ging ihr Streben immer auf Wahrung der Macht aus, wobei sie als das trefflichste Mittel zur Befestigung ihrer Herrschaft fand, den Gegner als haasfeindlich, hyperrevolutionär zu verächtlichen. Patriotismus an sich war daher der Reaktion immer nur innerliche Bagatelle, wenn er sich auch zur Begeisterung der Massen bequem mißbrauchen ließ. Das ist heute, wo die Reaktion ihre verlorenen Herrschaft zurückerobern möchte; das war vor hundert Jahren so, als die Reaktion alle Mittel gebrauchte, um dem Volke die versprochene Freiheit vorzuenthalten. Ein Blick in die Zeit der napoleonischen Kämpfe zeigt uns deshalb so recht die erbärmliche Selbstsucht der deutschen Reaktion, die uns gerade dann in voller Macht vor Augen tritt, wenn wir sie von den großen fortschrittlichen deutschen Staatsmännern jener Zeit charakterisiert finden. So ist es z. B. wertvoll heute, wo „deutschnationale“ Männer nach „deutschen Fürsten“ als Retter gegen fremde Bedrängnis rufen, darauf hinzuweisen, daß die Rettung vor Napoleons Fuchtel ganz und gar nicht von den vor ihm im Staube knien deutschen Fürsten kam, sondern vom deutschen Volke, dessen nationaler Opferwille keine Schranken kannte, wie der große Staatsmann Stein am 22. Oktober 1813 schrieb: „Napoleon ist geschlagen, in unordentlichem Flucht. Wir danken dieses große Resultat nicht dem Einflusse seiner Staatsmänner und elenden Fürsten; es ist hervorgerufen durch zwei blutige, talentvolle, forber- und fränkische Feldzüge.“

Nachdem jedoch der Bedrucker geschlagen, dachten die Souveräne nicht mehr daran, das gegebene Freiheitsversprechen zu erfüllen und die Forderungen gaben in der Wahl zwischen einem freien Volke und einem geknechteten Vaterlande letzterem den Vorzug, wie Clausewitz, der geniale Stratage, am 7. Nov. 1815 an Gneisenau schrieb:

Wenn ich die Horizontallinie der Erzellenzen ziehe, so sehe ich in Berlin wenig Köpfe über dieselbe hervorragen, die nicht nach dem Jahre 1806 zurückbläuten.

Allzu unbegreiflich ist dieses Zurückbläuten allerdings nicht, wenn man bedenkt, welche Anstrengungen gemacht wurden, um in der Wiener Schlussakte die Versäufungsversprechungen zu einer Farsce herabzusenken zu lassen, wobei der bedeutendste Kopf der Reaktion, der Literat Genk in seinem Tagebuch am 15. 8. 1819 die wahre nationale Gesinnung der deutschen Herrschaftsklasse befandete, indem er den Sieg der Niederdrückung der Volksfreiheit mit den Worten feierte:

„Ein Tag, wichtiger als der vor Leipzig.“

Du trägst die Zukunft in deiner Hand!

Vergeht nicht, wenn ihr zum Wählen geht, Daß Großes für euch auf dem Spiele steht. — Es geht um die Zukunft — bedenk, die ihr wählt — für euch und die Kinder, die ungeschützt Bedrängt von der Not, von Elend und Wein Mit hungerndem Magen nicht können gedeihn. Sie reden die Mädchen, totmatt den Blick Und stehen um nur ein wenig Glück. Und du trägst ihr Schicksal in deiner Hand — Wie du willst, so wird es im Vaterland. Du kannst nicht wollen, daß alles zerfällt — Das Glück deiner Kinder, der heimliche Herd — Du hast ja wie ich in der Brust ein Herz. Das mitfühlt auch bei des Bruders Schmerz Und willst für alle nur Brot und Licht. Und ein einzig Gesetz, eine heilige Pflicht: „Es schweige nicht einer im Ueberflusse, Solange nur einer noch hungern muß!“ — Du trägst die Zukunft in deiner Hand, Wie du wählst, so wird es im Vaterland. M. Porzig.

Böhringer-Karlsruhe. — Michelbach, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Berger-Dittenau. — Rastatt, abends 8 Uhr. Referent: Gen. Stodinger-Forzheim. — Rastatt, abends 8 1/2 Uhr, im „Ochsen“. Referent: Genosse Erb-Karlsruhe. — Ruppelheim, abends 8 Uhr, in der „Linde“. Referent: Gen. Funt-Karlsruhe. — Selbach abends 8 Uhr. Referent: Gen. Gurtzig-Karlsruhe. — Staufenberg, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Gen. Offermann-Gaggenau. — Dörsch, abends 8 Uhr, in der „Blume“. Referent: Gen. Rothengatter-Gaggenau. — Gernsbach, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Hoffmann-Gaggenau. — Mühlbach, abends 8 1/2 Uhr, in der „Linde“. Referent: Gen. Fische-Karlsruhe. — Palmbach, abends 8 1/2 Uhr, im „Lohsen“. Referent: Genosse Fischer-Karlsruhe. — Durlach, abends 8 1/2 Uhr. Referent: Gen. Kullmann-Karlsruhe. — Weingarten, abends 8 Uhr, im „Rehfeld“. Referenten: Gen. Hune und Lange-Baden. — Detschheim, abends 8 1/2 Uhr, in der „Mose“. Referenten: Gen. Wunder und Genossin Mium-Baden. — Baden-Weil, abends 8 1/2 Uhr, in „Simers Saalbau“. Referent: Gen. Müller-Weil-Karlsruhe.

Run, Genossen! Agitiert für einen guten Besuch dieser Versammlungen, macht eure Frauen, Töchter und Töchter auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam. Das deutsche Volk, besonders aber die deutsche Arbeiterchaft muß durch lebhafteste Teilnahme an öffentlichen Leben beweisen, daß sie politisch reif ist, und daß sie die durch Kampf seiner Vertreter durdgeleitete freiheitliche Verfassung verdient und zu würdigen weiß. Wer den Vorgesängen in der Politik interesselos gegenübersteht oder gar am Wichtig aus Indifferenzismus oder aus Verstimmung nicht wählt, vergrößert seinen Anspruch auf Achtung. Deshalb, Genossen und Parteifreunde, an die Arbeit! Es gilt die letzten Anstrengungen zu machen, um einen für uns günstigen Wahlausfall herbeizuführen. Gebet dabei auch des Wahlfonds.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Graben, 3. Juni. Samstag, 5. Juni, abends 9 Uhr, findet im „Schwanen“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Abg. Krüschbach (Wuchsal) wird sprechen. Wir erwarten insbesondere von den Volkserwählern und Parteimitgliedern, daß sie mit ihren wahlberechtigten Familienangehörigen zu dieser Versammlung erscheinen und auch Freunde und Anhänger unserer Sache mitbringen.

a. Weingarten, 3. Juni. Samstag, abends 8 Uhr, spricht im Saale zum Adler Arbeitsminister Gen. Rüdert aus Karlsruhe über die bevorstehende Reichstagswahl. Aufgabe der Parteigenossen ist es, für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Alle diejenigen Wähler und Wählerinnen sind eingeladen. Die Versammlung beginnt um 7 1/2 Uhr.

Kangensteinbach, 4. Juni. Morgen Samstag abend 9 Uhr findet in der „Festhalle“ eine Parteiverammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Wahlarbeit ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Mit diesem Siege der Festigung der Restauration hatte diese auch jedes Interesse an der Sichererinnerung über Deutschlands Reiniger verloren. Man verbot die Feier des Tages des Aufrufs von 1813 und kannte im übrigen nur ein Streben: Befestigung der Reaktion. Zu diesem Zwecke bildete diese, damals wie heute, einen Ring, der jeden verfolgte, der verdächtig war, nicht in die mittelalterlichen Potenzenhülle einzutreten. So kam es, daß ein verdienstvoller General wie Gneisenau verbannt unter 12. Mai 1817 an Hardenberg schrieb:

Man erörtere meine Briefe auf der Post! Wie kann man dies rechtfertigen? Mich, nach allem, was ich geleistet, behandelt man als einen Verdächtigen.

Gleich wie heute kann man jedoch in der Verdächtigung noch weiter. Wie man heute einen politisch Mitleidigen als Volkseindem, wie man ihn vor dem Kriege als Sozialdemokraten bezeichnete, so war damals das Jacobinerium das Verdammt, das ächtend wirken sollte. Und es wurde reichlich angewendet. Nicht nur gegen wirkliche Jacobiner, sondern auch gegen gut gesinnte, unparteiische Männer, deren Meinung der Reaktion jans präventiv unannehmlich war, ebenso wie heute gewisse Kreise den erkrankten Kapitalisten und den viel angefeindeten Herrn Erzberger, Herrn Rathenau und von Gerlach gerne zu den Volkseindem weihen. So verfuhr man damals insbesondere auch besonders gegen den maßvollen preußischen Staatsmann Hardenberg, weil dessen ganze Richtung der Reaktion wider den Strich gieng. Wie weit die Verhöhnung zeigt ein Brief Gneisenaus an Götze in dem dieser sein Leid klagt:

Hier und da in der vornehmen Welt mag es wohl manche geben, denen meine Gesinnungen verdächtig sind. Es mag übrigens schwer sein, der Verdächtigung zu entgehen, denn auch der Fürst von Hardenberg ist in den Augen der großen Welt ein Jacobiner. Wer für die Entseffung des Eigentums, für die Freiheit der Gewerbe, für die Emanzipation des Landmannes sich interessiert, wird von selbiger für einen Radikalen ausgegeben.

Die gleiche Verdächtigung wie heute erfüllte so damals die Lust. Damals mit dem Zweck, die Reaktion aufrecht zu erhalten, heute mit dem Zweck, sie wiederherzustellen. Damals wie heute befindet sich jedoch die Demokratie auf dem Marsch, die sich wohl zeitweilig hemmen, jedoch nie aufhalten läßt. Denn der alte deutsche Volkstümel Arndt hat mit seinem Ausspruch von 1814 recht und wird Recht behalten:

Alle Staaten, auch die noch keine Demokratien sind, werden von Jahrhundert zu Jahrhundert mehr demokratisch werden.

Wöflingen, 3. Juni. Kommen Samstag, 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die sozialdemokratische Partei im Gasthaus zum „Lamm“ ihre letzte Wählerversammlung. Landtagsabgeordneter Genosse Hamann aus Forzheim wird noch einmal über die Reichstagswahlen sprechen. Zu diesem letzten Appell sind alle Wähler und Wählerinnen eingeladen. Von unseren Genossen erwarten wir aber, daß sie für zahlreiche Besuch der Versammlung agitieren und auch selbst kommen.

Der Wahlkampf.

Auerbach (Amt Durlach), 1. Juni. In einer öffentlichen Wählerversammlung sprach am letzten Sonntag Gen. Wieners-Forzheim über die Bedeutung des 6. Juni. Der Zufall wollte, daß zu gleicher Zeit im gleichen Lokal eine demokratische Versammlung stattfand, was insofern für die Demokraten von Vorteil war, als sie, wenn sie allein getagt hätten, wegen Mangels an Zuhörern ihre Weisheit nicht an den Mann hätten bringen können, es waren nämlich ganze 3 Mann Demokraten erschienen.

Forzheim, 31. Mai. Letzten Sonntag fand hier eine Wählerversammlung statt, in der Gen. Sigmund aus Karlsruhe über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Die Versammlung war leider nicht gut besucht. Gen. Sigmund hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die derzeitigen politischen Zustände und die Aufgaben des neuwählenden Reichstages. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Als Diskussionsredner kam zuerst der Vertreter der U.S.P. A. Lecht zum Wort, der auf sehr unabhängige Weise mit Schlagworten und Phrasen an der sozialdemokratischen Partei gegenüber Vertreter in der Regierung und Parlament herumnörgeln versuchte; er hatte jedoch wenig Glück, denn der Beifall war auf Seiten unserer Diskussionsredner. In seinem Schlußwort nahm sich Gen. Sigmund auch nochmals Herrn Lecht vor und legte ihm und seiner Partei das Rädle.

r. Spöck, 31. Mai. Die gestrige Wählerversammlung war leider nur mäßig besucht. Die hiesige Arbeiterchaft ist anscheinend aus ihrer Gleichgültigkeit noch nicht erwacht. Gen. Kunge aus Karlsruhe legte in seinem einständigen Referat in klaren Worten die Grundzüge und Ziele der Partei dar und erntete reichen Beifall. Für die hiesige Arbeiterchaft kann es nächsten Sonntag nur eines geben: den Bettel Oskar Ged-Schöpplein abgeben.

Kleinfeinbach, 31. Mai. Letzten Sonntag hielt die sozialdemokratische Partei hier eine Wählerversammlung ab, in der ein Redner aus Forzheim sprach. Ein Unabhängiger brachte die alten Wähler über gegen unsere Partei vor, ohne jedoch irgend welchen Eindruck mit seinem Geschimpfe machen zu können. Auch ein deutschnationaler Befähigte, der er konnte aber ebenfalls nur denselben „Erfolg“ wie sein Kollege von ganz links buchen.

Wiesbaden, 31. Mai. Die am Sonntag abend im Hirsch stattgefundene Wählerversammlung, in der Parteisekretär Gen. Trinks und Frau Perch aus Karlsruhe sprachen, war trotz einer deutlichen Versammlung, die zu gleicher Zeit statt fand, nicht sehr besucht. Gen. Trinks besprach die Ursachen der jetzigen traurigen Lage des deutschen Volkes und wies die Unzulänglichkeit speziell der deutschnationalen, als ob die Sozialdemokratie an dem jetzigen Zustand Schuld sei, an der Hand von Beweisen mit aller Entschiedenheit zurück. Ebenso wies er auch die unmaßvollen Behauptungen der Unabhängigen, die Wehrheitssozialisten seien an der Spaltung der Partei schuldig, beweiskräftig ab. Genossin Specht forderte die anwesenden Frauen auf, tätig mitzuarbeiten, denn nur die Sozialdemokratie habe für die jetzige Gleichberechtigung der Frau seit Jahrzehnten gekämpft, deshalb sei es Pflicht der Frauen, nur der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Von der Diskussion wurde nur in zustimmendem Sinne Gebrauch gemacht. Wenn die Versammlungsteilnehmer das Gehörte am Wahltag beherzigen, so können wir mit Zuversicht dem Ausgang entgegensehen.

b. Weingarten, 1. Juni. Die sozialdemokratische Partei hielt am Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung ab, die von der Arbeiterchaft gut besucht war. Als Redner war Stadtd. Gen. Götze aus Karlsruhe erschienen, der reichen Beifall für seinen lehrreichen Vortrag erntete. In der Aussprache meldete sich ein Redner von der U.S.P., der sofort eine Portion Wogen aufstieß, es wurden ihm aber kräftig mit Wahrheiten geantwortet, so daß sein „Erfolg“ ein negativer war.

Forst, 31. Mai. Die Wählerversammlung, in der Genossin Frau Stadtd. Knecht aus Durlach sprach, war so gut besucht, daß es kaum möglich war, für alle Besucher Platz zu bekommen. Auch Frauen hatten sich in stattlicher Zahl eingefunden. Frau Knecht verband es, die Zuhörer zu jesseln, die ihr mit starkem Beifall dankten. Von der freien Aussprache machte niemand Gebrauch. Diese Wählerversammlung darf als eine wohl gelungene bezeichnet werden, wie solche Fort noch nicht erlebt hat; sie verpricht für den Wahlausfall das Beste.

r. Elchesheim, 31. Mai. In der am 30. Mai stattgefundenen Wählerversammlung sprach Genosse Landtagsabg. Weber aus Durlach über die kommenden Reichstagswahlen; die Versammlung war gut besucht, doch hätte sie besonders seitens der Frauen besser besucht sein dürfen. In der Diskussion wurde gegen die Zwangswirtschaft und die Höchstpreisfestsetzung Protest erhoben. Auch Herren von der U.S.P. gaben ihre negative Weisheit zum besten. Gen. Weber gieng in seinem Schlußwort auf diese Fragen ein, und legte klar und überzeugend die Stellung der Sozialdemokratie dar. Zum Schluß richtete er die dringende Aufforderung an die Anwesenden, am 6. Juni mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel an die Wahlurne zu gehen.

n. Kronau, 31. Mai. Die gestrigen abend von der U. S. P. erstmals veranstaltete öffentliche Wählerversammlung zog eine Anzahl Neugieriger aus verschiedenen Kreisen an. Auch unsere Genossen waren erschienen. Der Referent Müller-Wannheim sprach in Anbetracht der gegebenen Situation gegenüber unserer Partei sehr sachlich. Seine Angriffe waren mehr indirekt, anscheinend nur gegen die Regierung gerichtet. Unser Genosse Funt-Karlsruhe nahm sich aber den Herrn in einer dreiviertelstündigen Rede gründlich vor. Das Wesen und die Folgen der Diktatur, die Angriffe der Kommunisten auf die Unabhängigen, die behauerliche Spaltung des Proletariates, deren Ursachen und Wirkungen wurden besonders beleuchtet. Der Diskussionsredner erntete im Gegensatz zum Hauptredner, der durch die Ausführungen des Gen. Funt sichtlich überreicht war, lebhaften Beifall.

Keinen erfreulichen Anhalt zur Reichstagswahl bilden gewisse Parteivorstände in unserer Parteiorganisation in Laht. Wie wir einem Bericht der Freiburger „Volkswacht“ entnehmen, fand dort eine Mitgliederversammlung unserer Partei statt, in der ein Antrag des Gen. Stieler zur Verlegung stand, von Gen. Abg. und Stadtd. Richter die Niederlegung der ihm von der Partei übertragenen Ehrenämter (Stadtrats- und Landtagsmandat) zu verlangen. Als Gründe führte Genosse Stieler an, daß Richter 1. Arbeitererrat beargen habe, 2. die Schuld trage, daß in Laht eine Ortsgruppe der U. S. P. bestände, 3. daß er dem U. S. P.-Stadtrat durch Weizig in die städtischen Kommissionen zweifelt Arbeit aufbürde (!). Ferner brachte er noch zwei Verdächtigungen, eine von einem der städtischen Stadtrat ausgehend, die zweite den Lehenmandel des Genossen Richter betreffend, zur Begründung der Anklage vor. Bezeichnend für die Auffassung des Genossen Stieler war der Schlußsatz seiner Rede, wo er meinte: „Selbst wenn Richter der Nachweis gelänge, daß alle Anschuldigungen unanwahr seien, dürfte Richter trotzdem seine Ehrenämter niederlegen.“ Genosse Richter widerlegte Punkt für Punkt die vorbrachten Anschuldigungen. In der Diskussion wurden

weitere ... Redner ... mehr ... die Partei ... kommen ... sie der ... Gen. ... Ausprägung ... Parteivern ... So wie die ... nur von der ... in der Partei ... glaube, so ... Gegenteil: ... noch ein ... Ehrenämter ... Richter nicht ... müßte auf ... auf Verrecht ... Ehrenämter ... rechten Weir ... eines Klasse ... bringen müß ... nicht die ... Person der ... zu befestige ... niedergulegen ... Wir müß ... ist uns etw ... eben läßt ... sie haben n ... müsse sich ... mehr haben ... schließliche ... Gen. ... die Partei i ... mas der W ... Stärkung d ... Werarbeit ... Möge es nu ...

Die d. Gimp

Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

In Dar ... sowohl der ... fentlichster ... tend große ... B. B. A. ... Folgeberecht ... Substan gel ... auf den W ... der. Zwei ... Medfaher ... wurde schmer ... Berlin, ... am Berlin, ... Kommissoren ... militärische ... bei seiner U ... verhaftet ... Berlin, ... aus Fran ... Frankfurt, de ... einen Wahl ... den aber g ... nicht ermitte ... Berlin, ... Bundesrat ... Boletoz eing ... Verordnunge ... sieben zund ... polizei, den ... hieren, der ... ten, einem ... Die Frau w ... Verbände z ... bekannten A ... als ihren M ... als „Oberlieh ... Berlin, ... ten infolge d ... Gruppen im ... sierung über ... härtten, so ... deutlich-amer ... Berlin, ... Hürdingen ... in den Fabri ... Betrieb schlie ... begierde in ... Kassenmangel ... Aus Wa ... Kitegra ... angeordnet ... eine solche, d ... Ansterba ... a la wurde ... wegen Weid ... Tode durch G ... Weingart ... Mandats der ... gegen 23 Et ... daher an das ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

Die d ... Eine gro ... stehende Tr ... die Deuts ... des Karls ... Die Kar ... nehmen sie ... sein, daß ... (unter Aufz ... kann ihr ... von der deut ... einer Form ... Verbände ... Bedarf ... Die Ang ... den W ... stellung, als ... Deutschen ...

weitere „Vergehen“ dem Genossen Richter nachgesagt. Alle Redner würdigten die großen Verdienste Richters und bezeichneten ihn als den fähigsten Kopf in der Partei. Doch —

Gen. Strobel vom Bezirksvorstand stellte aufgrund der Aussprache fest, daß dem Genossen Richter nicht im geringsten Parteiverrat oder Parteischädigung nachgewiesen worden sei. So wie die Anklagen erhoben worden seien, sei er das bis jetzt nur von der U. S. P. gegen führende Genossen gewöhnt. Wer in der Partei an eine Wiedervereinigung mit der U. S. P. glaubt, sobald Richter zurücktrete, würde sich täuschen. Im Gegenteil: Der Kampf der U. S. P. gegen unsere Partei werde noch ein härterer werden. Nicht über Abkennung der Ehrenämter sei zu entscheiden, sondern zu entscheiden sei, ob Richter nicht würdig sei, der Partei anzugehören. Der Antrag müßte auf Ausschluß aus der Partei lauten, denn Mitglieder zur Verechtigung oder Nichtberechtigung zur Übernahme von Ehrenämtern dürfe es nicht geben. Strobel mahnte zur gerechten Beurteilung des Antrages und warnte vor der Fällung eines Urteils, das nur der Partei größten Schaden bringen müßte. — Aber auch diese eindringlichen Worte nützten nichts, die Redner blieben auf ihrem Standpunkt bestehen; worauf sich Gen. Richter entschloß, um die angeklagte durch seine Person der Parteientwicklung im Wege stehenden Hemmnisse zu beseitigen, sein Stadtratsmandat freiwillig niederzulegen.

Wir müssen schon gestehen: Die Logik der Fahrer Genossen ist uns etwas so „hoch“ um ihr folgen zu können. Ihr Vorgehen läßt sich durch nichts und nicht im geringsten rechtfertigen; sie haben nun eine große Verantwortung auf sich geladen. Genosse Richter als Stein des Anstoßes ist zurückgetreten, nunmehr haben die Genossen zu beweisen, daß Genosse Richter das tatsächliche Hemmnis der Aufwärtsentwicklung für die Partei war. Gelingt es in aller Eile nicht, die Mitgliedszahl für die Partei in Jahr bedeutend zu erhöhen, befristet sich das, was der Vorjüngende des Bezirksvorstandes ausführte. Eine Stärkung der Partei läßt sich nur erreichen durch intensive Arbeit und daran hat es in Jahr bis jetzt leider gefehlt. Möge es nun besser werden.

Kleine Nachrichten.

In Darmstadt wurde eine öffentliche Wahlerversammlung sowohl der Deutschen Nationalen Volkspartei als auch der Deutschen Volkspartei durch Anhänger der Unabhängigen in empfindlichster Weise gestört; u. a. wurden mit einem Hydramont große Wasserbomben in den Saal geschleudert.

W. D. Ludwigshafen, 3. Juni. Nach dem Ludwigshafener Folgebericht geriet gestern nachmittags ein von französischen Soldaten gelenktes Kraftfahrzeug, als es an einer Straßenecke auf den Bürgersteig hinauffuhr, in eine Gruppe spielender Kinder. Zwei Kinder wurden getötet, zwei schwer verletzt. Auch ein Radfahrer, der ebenfalls von dem Automobil erfasst worden war, wurde schwer verletzt.

Berlin, 2. Juni. Der sozialistische Führer Platten traf am Dienstag nachmittag von Friedrichshagen kommend in Romanshorn ein. Da gegen ihn vom Generalstabschef her noch ein militärisches Strafverfahren auf 6 Monate vorliegt, wurde er bei seiner Ankunft in Romanshorn von der Seerespolizei verhaftet.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Frankfurt a. M. wurde auf den Abg. Rudolph von Frankfurt für die Deutsche Nationalen Volkspartei in Frankfurt eine Wahlerversammlung abgehalten, die ein Attentat verübte. Es wurden sechs Revolverkugeln auf ihn abgegeben, von denen aber glücklicherweise keine traf. Die Täter sind bisher nicht ermittelt.

Berlin, 2. Juni. Am 26. Februar vor. Jz. wurde aus dem Landwehrkanal der Mumpf eines Mannes gelandet, der in einem Baletot eingekerkert war. Alle Bemühungen zur Befreiung der Persönlichkeit des Toten und zur Aufklärung des Verbrechen blieben zunächst ohne Erfolg. Erst jetzt gelang es der Kriminalpolizei, den Toten als den Oberlehrer Dr. Zimmerger zu identifizieren, der auf Anrufen seiner eigenen Ehefrau von deren Reiten, einem 22 Jahre alten Schlofer, ermordet worden ist. Die Frau wurde verhaftet und ist auch gefänglich. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hatte sie vor einem Jahr einen unbekanntem Mann, der sich in dem Gehäusen hoch erkundigt hatte, als ihren Mann bezeichnet. Der Unbekannte wurde dann auch als „Oberlehrer Dr. Zimmerger“ ermittelt.

Berlin. In vielen amerikanischen Städten erfolgten infolge der Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet Massenproteste. Die Erschütterung über die Verwendung der schwarzen Truppen ist am stärksten, so wird verschiedenen Morgenblättern gemeldet, in deutsch-amerikanischen und katolischen Kreisen.

Berlin. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ stößt auf den hiesigen Eisenbahnen infolge des Streites die Kohlenzufuhr in den Fabriken in Blankenheide derart, daß sie demnächst ihren Betrieb einstellen müssen, ebenso müssen die Fabriken und Kalandwerke in Buttlah und Rastenberg ihre Arbeiter infolge des Kohlenmangels entlassen.

Aus Magdeburg wird dem „Vorwärts“ gemeldet, daß in Altengrabow seitens eines Freikorps ein großer Soldatenangriff und eine Menge Strohballen, u. a. auch eine solche, die Scheidemann darstellte, verbrannt wurden.

Amsterd., 3. Juni. Nach einer Meldung aus Guatemala wurden vom Kriegsgericht mehrere Personen des Heeres wegen Verletzung der Stadt während der Aprilrevolution zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Washington, 1. Juni. Der Senat hat die Annahme des Mandats der Vereinigten Staaten über Armenien mit 42 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Die Angelegenheit geht daher an das Repräsentantenhaus zurück.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Juni.

Die deutsche Volkspartei auf dem Gimpelgang bei den Angestellten.

Eine große, an Freiheit alles bisher Dagewesene überbietende Durchführung der Angestellten leistet sich die Deutsche Volkspartei in der Dienstagsnummer des „Karlsruher Tagblatt“. In einem Inserat mit dem Stichwort: „Die klärenden Privatangehörigen“ unternehmen sie ein Propagandakampagnen, indem sie vorzwingen, daß die Privatangehörigen aller Gewerkschaftsgruppen (unter Aufzählung der Organisationen, auch der freien) den Mann ihres Vertrauens, den Kandidaten D. Thiel von der deutschen Volkspartei wählen. Sie publizieren dies in einer Form, die den Glauben erwecken muß, als hätten die Verbände sich damit einverstanden erklärt. Daß dem nicht so ist, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Die Angestelltenverbände protestieren ganz entschieden gegen den Mißbrauch ihrer Namen und gegen die freche Unterstellung, als ob sie ihre Mitglieder zur Wahl der Liste der Deutschen Volkspartei, der politischen Birne der Schwerindustrie, auffordern würden. Die Angestellten wissen zu gut, daß die Unternehmerrücklinge nicht die Interessen der Angestellten vertreten können. Ihr Bild ist so klar, um zu sehen, daß die Curtius, Thiel u. Co., welche zu dem schmerzlichsten Scharfmacher Stinnes in enger Geheimverbindung stehen, nicht für das Wohl der Angestellten, sondern für den Kapitalismus eintreten.

Deshalb Angestellte, geht der frechen Verführung und dem gemeinen Wohlgeschmeckel der Deutschen Volkspartei, mit dem man auch zu lädern sucht, am Wahlag die richtige Antwort, versteht dem vorgeschwindelten Vertrauensmann misamt seiner Partei einen ordentlichen Tritt und wählt eure wirklichen Vertrauensmänner, nämlich die Liste

D. Geel — Schöpflin — Riedmüller.

Das Zentralwahllokal

der Sozialdem. Partei für Groß-Karlsruhe ist der „Muerhahn“, Schützenstr. 58. Telephon 4986.

Zeichnet für den Wahlfond! Vergeßt euer Wahlnotopfer nicht!

Ein Schwimmbad oder drei Glas Bier?

Aus Sportkreisen wird uns geschrieben: In der letzten Karlsruher Bürgerausführung am 20. Mai wurde auch die Frage der Badpreise seitens der sozialdemokratischen Rathausfraktion angeschnitten und die Herabsetzung der Badpreise empfohlen bzw. der Versuch unternommen, den Stadtrat zu einer anderen Stellungnahme in der Sache zu bewegen, als die seinerseits der Fall war. Als Resultat wurde von den Antragstellern erzielt, daß der Antrag an den Stadtrat verworfen wurde, um innerhalb desselben erneut beraten zu werden.

Das von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegte Material rief jedoch auch den Widerspruch vom Bürgermeistertisch hervor. In Mannheim nahm Herr Oberbürgermeister Dr. Jinter den Schwimmbereinen und den Volksbadangelegenheiten gegenüber einen wohlwollenderen Standpunkt ein wie in Karlsruhe.

Herr Bürgermeister Dr. Horstmann errechnete den Selbstkostenpreis der Stadt für eine Stunde Schwimmbadbetrieb im städt. Badehof auf 70 M im Sommer und 98 M im Winter, ohne daß in diesen Summen die Gebäudemercantien einfließen. Vor wenigen Tagen las man noch anders. Damals gab der Verwalter des städt. Badehofes die Selbstkosten einer über die regelmäßige Zeit an die Sportvereine abgegebenen Stunde Schwimmbad auf 19.50 M an. Im Verlaufe der Diskussion über die Preise der Schwimmbäder trat nun Herr Bürgermeister Dr. Horstmann den „stehenden“ Auspruch: „Diejenigen, welche ein Bad jetzt zu teuer sei, sollten 3 Glas Bier weniger trinken, dann wären die Kosten wieder eingebracht.“ Mit Verlaß, Herr Bürgermeister, den Beschäftigten diese Frage überhaupt behandeln zu können, haben Sie mit diesem Auspruch nicht erbracht. Solche Dilettantenprüche sind heute nicht mehr gangbar. Seht denn man verlangt, daß ein Verantwortlicher etwas gründlicher unterrichtet und weniger oberflächlich argumentiert. Die übergroße Mehrzahl derjenigen Leute, welche Herr Bürgermeister Horstmann mit seinem Auspruch zu treffen suchte, hat sich das Vierteljahr längst abgewöhnt. Diese Leute sehen nur dann Bier, wenn sie zur Werbung ihrer Interessen einmal eine Versammlung besuchen und unter dem Trinkmangel etwas genießen müssen. Die große Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung, sowie die meisten unteren und mittleren Beamten sind für sich und ihre Familienangehörigen infolge der hohen Badpreise nicht mehr in der Lage, Bäder besichtigen zu können. Dadurch wird zum Luxus erhoben, was als Lebensnotwendigkeit anerkannt sein sollte.

Wie wäre es, wenn man den Herrn Professor Dr. Starck, Leiter der medizinischen Abteilung am hiesigen städtischen Krankenhaus, Radmann und Kapazität in Tuberkulosefragen und in Bekämpfung dieser sich schmerzhaft ausbreitenden Krankheit, sowie einige andere berufene Ärzte erst einmal gebührend hätte, bevor man sich seitens des Herrn Bürgermeisters in der Form ausspricht, wie tatsächlich geübt? Viele Menschen treiben Gesundheitspflege aus innerem Drang und aus der wohlverworbenen Kenntnis heraus, daß besonders das Bedenken der unentbehrlichsten Vorbeugungsmittel gegen Infektionskrankheiten besteht. Diesen Menschen sind die Bäder durch zu hohe Eintrittspreise verschlossen. Andere, und dies ist die größere Zahl, müssen zur Gesundheitspflege und zum Baden förmlich verführt werden, indem man ihnen den Eintritt in die städt. Bäder durch niedere Preise erleichtert, anstatt daß man sie durch hohe Badpreise zur Abkehr bringt. Die öffentliche Gesundheitspflege und mit ihr zuvörderst das städt. Bad gehören zu den ersten Forderungen der Zeit, soll unser Volk nicht an unzähligen schleichenden Massenkrankheiten dahinsiechen. Förderung der Volksbadegelegenheiten und vernünftig betriebenen Badesportes gehören zur Pflicht eines Gemeindeführers. Hohe Badpreise hindern das Volk daran, reichlich zu sein und bilden eine durch nichts zu rechtfertigende Verletzung der Gesundheit und Reinlichkeit breiter Volksschichten und eine Gefahr für die Gesundheit derselben. Denken wir nur an die Tuberkulose, die gewiß nicht allein auf das Konto der Unterernährung gebucht werden kann. Würdet sich da nicht unsern Stadträte eine Verantwortung auf, für welche er fürchten muß, einmal zur Rechenschaft gezogen zu werden, ohne daß er den Vorwurf der Kurzsichtigkeit von sich abwehren könnte. Andere Städte in finanziell gleicher Lage fanden in der Badpreisfrage Auswege. Sie müssen sich in Karlsruhe ebenfalls finden lassen. Sonst läuft es Gefahr, ein Gesundheits- und keine Bürger ein an Körper schauerlich minderwertiges Geschlecht zu werden, wende die Gefahr ab, wer kann und dazu berufen ist.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion aber darf in ihrer Forderung nicht nachlassen. Der Dem. Freund, welchen ich aus dem Herzen fühle, ist ihr sicher. Wer von den Herren Stadträten heißt den Mut, sich mit den Ansichten des Herrn Bürgermeisters Dr. Horstmann jezt noch einig zu erklären? St.

Sozialdem. Verein — Bezirk Weiertheim. Straßenobleute! Heute noch Geschäftskreis müssen die Flugblätter, sowie Handzettel bei Obmann W. Müller, Marie-Merandstraße 22, abgeholt und gleich ausgegeben werden. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen. Agiert auch für die morgen abend stattfindende Wahlerversammlung im Gasthaus zum „Löwen“, wo Genossin Knecht (Ludwig) und Kreissekretär „Bähringer“ sprechen werden. Wählerinnen und Wähler, erscheint in Massen!

Rintheim. Wählerinnen und Wähler! Am Samstag abend 6 Uhr findet im Schwannensaal eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Die Reichstagswahl.

len.“ Referenten Genossin Frau Margarete Fix und Genossin Stadträtin Gertrud Böhm. Wir richten an die gesamte Wählergemeinschaft, Frauen und Männer das Ersuchen, zahlreich zu erscheinen.

Küpperr. Letzte Wählerversammlung. Am Samstag abend halb 9 Uhr sprach Gen. Ingenieur Kiefer aus Karlsruhe. Er richtet eine letzte Mahnung an die Wähler. Genossen, tretet zu diesem Appell noch einmal vollständig an. Sorgt für ein volles Haus! Die Genossen vom Sängerbund sollen sich pünktlich einfinden. Am Sonntag treffen sich die Genossen abends 7 Uhr im Nebenraum des „Bähringer Löwen“.

Die gestern abend stattgefundene öffentliche Frauenversammlung im „Eichhorn“ war verhältnismäßig gut besucht. Die Referentin Genossin Anders-Karlsruhe, entledigte sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise. Ihre sehr leicht verständlichen Ausführungen, an die sich eine längere Diskussion angeschlossen, fanden bei den Anwesenden dankbare Aufnahme. — Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, in der von der Behörde verlangt wird, dafür zu sorgen, daß die Beerenrüste nicht zu Schnapszwecken verwendet werden dürfen, sondern zu billigen Preisen für den Haushalt abgesetzt werden sollen, fand allseitige Zustimmung.

Arbeiter-Jugend. Jugendgenossen und Genossinnen, die noch nicht zur Arbeit eingeteilt sind, treffen sich zu einer wichtigen Besprechung heute Freitag abend 6 Uhr in der „Alten Birne“, Hiesl. Es werden über die Zahlreiche Erscheinen erforderlich.

Deckt euch mit Kartoffeln ein. In einer amtlichen Pressenotiz wird darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige reichliche Anlieferung an Kartoffeln auf den gleichzeitig eintreffenden großen Sendungen aus Holland, der Schweiz und insbesondere Polen beruht, deren frühere Anlieferung aus Transportchwierigkeiten nicht möglich war. Auch die Landwirte stoßen nach Erledigung des Saatgeschäftes die überflüssigen Bestände ab. Da aber weitere Lieferungen aus dem Inland und Ausland nicht erwartet werden können, so wird der Bevölkerung dringend angeraten, von der jetzigen Möglichkeit der Bedarfsdeckung Gebrauch zu machen, zumal mit vorübergehenden Stockungen in der Broterzeugung gerechnet werden muß.

Es muß aber auch Aufgabe der Behörden sein, dafür zu sorgen, daß nur gute Kartoffeln zum Verkauf gelangen, was jedoch nicht immer der Fall zu sein scheint. So wird bei uns darüber geklagt, daß beim Kartoffelverkauf an der alten Gilguthalle neben guten Kartoffeln auch solche von der übelsten Beschaffenheit angeboten werden, die sich in starke Fäulnis übergegangen sind. Dies müßte unbedingt vermieden werden, denn die Bevölkerung verlangt mit Recht annehmbare Kartoffeln.

R. Eternabend der Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten. Dem Ausbau der Jugendabteilung steht zurzeit die Erziehung der Zentralverbandes ihre größte Aufmerksamkeit. Um auch die Eltern der Jugendlichen mit den Zwecken und Zielen desselben bekannt zu machen, berief sie auf Mittwoch, 20. Mai in den „Löwenraden“ einen Elternabend ein, der jedoch in Würdigung der Tatsache, daß von der Zukunft unserer Jugend so außerordentlich viel abhängt, einen besseren Besuch hätte aufweisen dürfen. Unser Jugendkollege R. H. K. gab zunächst einen Bericht über die seit herige Tätigkeit der Sektion, aus welchem zu ersehen war, daß für die geistige und gewerkschaftliche Schulung außerordentlich viel geleistet wurde. Abdann hielt unser Verbandssekretär Koll. Schierholz einen vorzüglichen Vortrag, in welchem er die Grundlinien unserer Forderungen darlegte. Die Jugendabteilung soll vor allem eine Stütze der Ausbildung sein, so führte er aus, in welcher der Solidaritätsgedanke zu pflegen sei. Die Jugendlichen sollen mehr Idealisten sein und nicht nur materielle Ziele verfolgen. Stürmischer Beifall lohnte seine, von hohem Idealismus für die Jugendbewegung vorgetragene Ausführungen. In dem Vortrag schloß sich eine anregende Diskussion an. Hr. Schneider verabschiedete in lebenswunderlicher Weise den Abend durch Vortrag einiger Gedichte. Auch die Hausfrau trug zu dem Gelingen des Abends wesentlich bei. Für alle Beteiligten hat der Abend allgemeine Befriedigung ausgelebt und ist zu hoffen, daß die nächste Veranstaltung der Jugendabteilung sich eines erhöhten Zuspruchs erfreuen dürfte.

Die Klagen über die Abfallbahn reizen nie ab. Wer mit diesem Verkehrsmittel gelegentlich oder täglich fahren muß, hat allerdings dazuzumachen, und es gibt wohl keinen irgendwie gearteten Mißstand, den dieses Manko nicht bis zur höchsten Vollendung ausgebildet hätte und sicher hat es deshalb auch schon Stoff zu manchem Witz in den fliegenden Blättern gegeben. In Zeitungen und Versammlungen hat man sich schon häufig über das Manko beklagt, allerdings ohne jeden Erfolg. Die Direktion kann sich vermutlich mit solchen Leypalten nicht befassen, denn sie hat Wichtigeres zu tun, sie muß dauernd über neue Tarifveränderungen brüten. So kommt es denn, daß der ständige Nachgänger, indem er die Anwesenheit aller Bespender einstellt, mit einer gewissen Burchigkeit alles hinnimmt, was dies nutzige Manko für teures Geld zu bieten vermag: Verlotterung und Unsauberkeit des Materials, Ausfall und Einlegen von Äugen ohne rechtzeitige Bekanntgabe, Verpätungen jeden Grades, lebensgefährliche Ueberfüllung der Wagen, um nur einiges anzuführen, denn auf Vollständigkeit macht diese Aufzählung keinen Anspruch. Mit mindestens einer dieser Unzulänglichkeiten hat sich der Bespender oder Monatskarten-Inhaber täufeln abzugeben. Seit einiger Zeit nun hat sich das Jügel einer neuen Art zugelegt: es macht nämlich häufig einen Anlauf vom Abfallbahnhof bis zur nächsten Ueberführung, stoppt, weil ihm die Route ausgeht, fährt wieder zurück, rennt noch einmal gegen den Windel an, überwindet ihn und dampft quieföhrend weiter. Wozu diese Scherze? Soll dadurch dem Publikum der höhere Fahrpreis mündgerecht gemacht werden? Fast scheint es so. Am übrigen hat es wohl keinen Zweck, daß das Manko diese Kasperl der Fahrgäste einstellt, denn es kommt dann doch trotzdem irgend eine andere Ueberladung.

Colosseum. Die bunte Bühne, das Colosseum, brummt seit 1. ds. Mts. wieder ein neues Programm, das in seiner Reichhaltigkeit und Abwechslung auch verwehntere Ansprüche befriedigt. Im ersten Teil treten insbesondere Solitta mit einem entsprechenden Musik-Act und Segall mit unterhaltenen Verwandlungsspielen hervor. Auch die andern Nummern: Gertrud Vord (Soubrette), Mara (Laudredner) und Carl Tallard (dramat. Gesangsstimmen) sind recht nett und beifallsverdiend. Der zweite Teil bringt eine hübsche Dressur-Nummer von Voro, japanische Janbereien der P. Polshimasa, den Komiker Paul Wolff-Lindau und zum Schluß die drollige Szene Ernst Dahlmayer's, des Mannes auf dem Wegweiser. Der Besuch ist zu empfehlen.

Reichsbanknoten zu 50 M vom 20. Oktober 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 4. Aug. 1919 (M. G. B. L. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Abfertigung erinnert.

Um Prümler zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918 handelt.

Eine letzte Heerschau

vor der Wahl findet
= heute abend 1/8 Uhr =
im großen Saale der

Festhalle

statt. Es werden sprechen die Kandidaten Genossin Edith Trautwein-Pforzheim und Gen. Redakteur Georg Schöpslin-Karlsruhe über:

Der 6. Juni — ein Schicksalstag für das deutsche Volk.

Wähler und Wählerinnen erscheint in Massen!

Frühjahrs-Ruder-Regatta. Die Karlsruher Regatta-Vereinigung veranstaltete Donnerstag mittig auf dem Karlsruher Rheinhafen ihre Frühjahrs-Ruder-Regatta, zu der sich trotz des etwas unfreundlichen Wetters eine sehr große Zuschauermenge eingefunden hatte, die die Ufer des Hafenbeckens dicht besetzt hielt. Die Regatta trug mehr intimen Charakter, denn von auswärtigen Gästen waren nur die Rudervereine Heidelbergers erschienen, der Heidelberger Ruder-Klub, die Heidelberger Ruder-Gesellschaft und der akademische Ruderklub Karlsruhe. Es wurden auf der 1200 Meter langen Bahn neun Rennen gerudert, die durchweg von den Jungmännern der Vereine bestritten wurden und deren Verlauf zeigte, daß der Nachwuchs der Rudervereine emsig und tüchtig an der Arbeit ist. Es wurden zum Teil sehr schöner Sport geboten, verschiedentlich setzte es harte Endkämpfe ab. Die meisten Siege durfte der Karlsruher Ruderverein von 1879 für sich buchen, dessen Mannschaft sechsmal von neun geruderten Rennen als erste durchs Ziel ging, der Ruderklub Alemannia konnte zwei Siege buchen und die Heidelberger Ruder-Gesellschaft einen. Der geringe Erfolg der Heidelberger dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß sie in fremden Booten ruderten, außerdem polsierte ihnen bei einem Rennen ein Unfall. Die Regatta war ein wohlgeleitener Auftakt zu der am 27. Juni stattfindenden 7. Großen Karlsruher Ruder-Regatta. — Während der Rennen fand großes Konzert statt, ausgeführt unter Leitung von Herrn Hugo Rudolph, in bekannt und gewohnt guter Weise, vom Orchester Musikverein „Harmonie“.

Familienabend des Männer-Gesangsvereins. Der Männergesangsverein hält am Sonntag, 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, im „Kühlen Krug“ einen Familienabend ab. (S. Zif.) Die Galerie Woss, Kaiserstraße 187, zeigt in ihrer 52. Sonderausstellung (1.—30. Juni Gemälde von Adolf Luntz) sowie das graphische Werk von S. Kupferschmid. Ferner sind neu ausgestellt: Gemälde von K. F. Grether, A. Gang, K. Mutter, G. D. Zimmermann, Scherenschnitte von Maria Winder, Lithographien von L. E. Herz, Holzschnitte von L. Hillenbrand sowie farbige Zeichnungen von Th. Bus.

Fahrrad Diebstahl. Aus der Turnhalle in der Bismarckstraße wurde aus einem Hausflur der Gartenstraße am 2. d. Mts. zwei Fahrräder durch unbekannte Täter gestohlen.

Taschendiebstahl. Auf dem Wochenmarkt am Ludwigplatz wurde durch die Polizei am 2. d. Mts. ein 18 Jahre alter Zwangsangehöriger von hier festgenommen, der auf dem Markte einem Obsthändler den Geldbeutel mit 304 bezw. 76 M entwendet hatte.

Dr. Wirth über die Lage Deutschlands.

In einer Versammlung der Zentrumspartei im großen Festsaal vorgestern abend machte der Reichsfinanzminister Herr Dr. Wirth bemerkenswerte Ausführungen über die Lage Deutschlands. Er bezeichnete dieselbe als ernst und in keiner Weise geklärt. Der Bau hat bis jetzt nur notdürftig zusammengehalten und schon sind neue Wähler an der Arbeit, um das Werk zu vernichten. Aber die Regierung ist gestützt und hat sich dieses Mal vorgelesen. Schon im Hinblick auf die Konferenz in Spa wäre die innere Ruhe dringender als je. Wer heute Sand anlegt an dem Werke der deutschen Verfassung, ist ein Verbrecher. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, nicht als Mittende nach Spa zu gehen, sondern als gleichberechtigter Kontrahent. Wenn die Entente in ihrem Siegesübermut uns diese Gleichberechtigung auch heute noch nicht zugestehen und nur diktieren will, dann gehen wir nicht und können einen Dienstmann zu Gegenmaßnahme der Beschlüsse senden. Die Lage unseres Volkes ist so, daß eine Diktatur durch die Sieger nicht mehr möglich ist, die Paragraphen des Vertrages von Versailles beginnen zu zerfallen, weil darin der Gedanke der Berechtigung fehlt. Wir wollen in Spa aufrichtig unsere Lage darlegen und werden sagen, daß wir verloren sind, wenn man uns die wirtschaftliche Diktatur auferlegen will. Sieht man das ein, ist gut, wenn nicht, bedeutet es den Selbstmord Europas. Wir brauchen einen Einfuhrkredit für Lebensmittel und Gebrauchsgüter im Betrage von mindestens 30 Milliarden Mark, um nur die allerersten Bedürfnisse zu decken.

Dabei steht es mit unseren Finanzen trübe und hofflos aus. Unerträglich ist zunächst das und durch den Friedensvertrag aufgezwungene Heeresystem, das, obwohl wir nur eine Armee von wenig über 100 000 Mann haben dürfen, jährlich 1,8 Milliarden kostet. Wir werden in Spa die Forderung eines Milizsystems an Stelle des viel zu kostspieligen Heeres erheben. Aber das ist noch das Wenigste. Wir haben heute mit einem jährlichen Ausgabenetat von 45 bis 50 Milliarden Mark zu rechnen und die Reichsschuld ist auf 250 Milliarden Mark einschl. 92 Milliarden Kriegsanleihe angewachsen, deren Verzinsung allein einen jährlichen Aufwand von 12 Milliarden beansprucht. Dazu kommen die unerlösten Geld-Ansprüche unserer Feinde für die Wiedergutmachung. Daß den Siegern dabei jeder Maßstab verloren gegangen ist, erhebt man daraus, daß sie von Forderungen in Höhe von 120 Milliarden Goldmark sprechen, wo unser gesamtter Grund und Boden einen Wert von nur etwa 45—50 Milliarden Goldmark darstellt. Zur Behebung der Wohnungsnot wäre weiter ein Aufwand von etwa 50 Milliarden und für die Kriegsschäden der Auslandsdeutschen 50—60 Milliarden Mark erforderlich. Das alles soll ein halb verhungertes Volk bezahlen. Aber wir brauchen trotzdem nicht zu verzagen und das Schlimmste, der Staatsbankrott, kann vermieden werden, wenn Ruhe und Ordnung gehalten wird, denn die Uhr hat jetzt 412 geschlagen.

Redner kam alsdann auf die Verhältnisse innerhalb der Zentrumspartei zu sprechen, auf die Aufspaltung der Parteien unter Dr. Heims Führung und die Angriffe gegen die Führung wegen der starken Vesteuerung des Reiches und wegen des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. Daraus war zu ersehen, daß auch die Zentrumspartei ihre Widersacher im eigenen Lager hat und zwar merkwürdigerweise, weil zu viel in der Vesteuerung des Reiches getan würde, während bekanntlich unsere Forderungen gegen die Regierung den Kernpunkt erheben, daß zu wenig bezw. gar nichts getan würde. Wer hat nun recht? Der Redner stellte sich dabei auf den Standpunkt des vertriebenen Zentrumsführers Gröber: Wenn auch die Partei auseinander geht, es gilt die Rettung unseres darniederliegenden Volkes. Das Volksinteresse steht über dem Parteinteresse! Die Rettung nach dem Zusammenbruch war nur möglich durch eine Koalition aller, die guten Willens sind. Und dazu gehören auch die Reichspartei der Sozialdemokratie. Redner forderte zur Abstellung des „St. Reichstages“ auf, das in letzter Zeit wegen des Zu-

kommenarbeitens mit der Sozialdemokratie heftig gegen das Zentrum intrigierte. Redner erklärte: den Weg zu schonen haben wir gar keine Veranlassung. Millionen mußten ihr Leben und ihre gesunden Glieder opfern. Was bedeutet demgegenüber selbst die größte Vermögensabgabe? Es ist besser jetzt Opfer zu bringen, als die blutige Revolution über uns ergehen zu lassen. Auch sonst stellen kapitalistische Interessen-gruppen merkwürdige Anforderungen an die Regierung. Heute schreibt eine Gruppe: „Sorgt dafür, daß unsere Markvaluta nicht steigt, sonst werden unsere Holzlager entwertet!“ Und morgen schreiben andere: „Lohnt uns unsere Schuhe und Stiefel exportieren, sonst sind wir ruiniert!“ Fahret zum Teufel mit euren Aufschneideln und im Preise in die Höhe gemachten Waren! Seht jetzt was ihr damit macht! (Sturm. Beifall.) Man sagt wiederum, daß die Schraube wegen der hohen Löhnen angezogen werden müsse. Seht dem Volke zu essen und es wird möglich sein, die Schraube ohne Ende zum Stillstand zu bringen.

Valuta-Bericht vom 2. Juni.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 12,50 Cts. Ausgabung Holland notierte etwa 16,80 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 806 M per schw. Fr.; England etwa 176 M per 20 Sterling; Frankreich etwa 348 M per frz. Fr.; Italien etwa 45 M per Dollar.

Aus dem Lande.

Appenzeln, 1. Juni. In der Sägeabteilung der Sägemühle von Salsale brach Feuer aus. Drei Sägegänge, die große Stämme zum Sägen aufspannt hatten, sind völlig ausgebrannt. Auch sonst sind Nussbäume zerstört worden. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch Wärmelaufen eines Nussens.

Doerfling, 1. Juni. Die schweren Gewitter in der Nacht zum Sonntag mit ihren wolkenbrucharigen Regnen haben im Rheintal die schlimmsten Schäden verursacht. Vor allem in Reichen und Lenzbach schlug das Unwetter mit besonderer Gewalt. Gras und Frucht lagen wie hingeworfen und die Weiden und Felder waren von den schnell angefallenen Bächen überflutet und mit Sand und Geröll bedeckt.

Mannheim, 1. Juni. Aus dem 2. Hofenboden in Rheinau wurde die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden. Sie lag einige Wochen im Wasser gelegen. — Der Wegler Jakob Schaf aus Niesheim wurde von einem Automobil der Firma Benz u. Co. überfahren. Er starb an dem dabei erlittenen Verletzungen.

Mura 6. Säckingen, 3. Juni. Da die hiesigen Bäckereien infolge gänzlichen Weizenmangels kein Brot mehr verkaufen konnten, bildete sich ein Demonstrationzug, der zum Weizenlager am 30. dort das bereitstehende Mehl herausholte. Jedem Bäcker wurden 2 Buntner mit dem Auftrag übergeben, sofort Brot herzustellen.

Leimbach, 3. Juni. Die unverheiratete Landwirtin Albertine Simon in Leimbach wurde von einem unbekanntem im ihrer Wohnung überfallen und durch einen Schlag auf den Kopf und Erstickung getötet. Dem Eindringler fielen etwa 1000 M Bargeld in die Hände.

Unser Obfjagen.

Auch in diesem Jahre geht über unser badisches Land ein reiches Obfjagen nieder. Der prächtigen, durch feinerer Witterungseinflüsse beinträchtigten Frühjahrsobfjagd, folgt nun eine reiche Ernte des Frühobfjags. Und die Hausfrauen haben nun wiederum trotz der vielen Enttäuschungen die stille Hoffnung, daß endlich in diesem Jahre auch ihnen von dem Segen etwas guttun wird und sie und die Familie sich am Obf halt essen und vielleicht noch einen kleinen Vorrat für den Winter aufsparen können. Ihre Hoffnung wird aber eine trügerische sein, denn Wuchertum und Geldgier haben sich auch in diesem Jahre dreifach wieder des Obfbes bemächtigt, es ist nicht für die Tisch- und Küchen des „gehobenen“ Bürgers und Arbeiters bestimmt, sondern morden wie im letzten Jahre auf die Tafeln der reichen Professoren, Advokaten und Kriegsgewinnler. In die badischen Städte kommt das Obf nur in ganz spärlichen Mengen, in sehr geringen Mengen, daß der dafür verlangte Wucherpreis sich entsprechend dem Gehalt von Angebot und Nachfrage durch die Verkäufer und Händler jederzeit rechtfertigen läßt.

Das badische Volk hat wiederum das Glück und die Freude, sein Obfjagen auf „seinen“ ehemaligen Eisenbahnen nach den norddeutschen Gefilden abrollen zu sehen. Am 26. und 28. Mai hat der Verband ab Station Wühl begonnen; es wurden 21 Waggons abgefertigt, wovon 3 — drei — in Baden blieben. Von den 18 übrigen gingen 8 nach Berlin, 3 nach Hamburg, 2 nach Köln, 2 nach Essen und je einer nach Leipzig, Weimern und Frankfurt. Das Durchschnittsgewicht betrug 2000—2500 Kg. den Waggon, macht im ganzen etwa 800 Str. 16 Stauffenberg bezw. Gernsbach ging um dieselbe Zeit die erste größere Sendung, 26 Buntner, nach Hamburg ab, ein weiterer Waggon folgte letzte Woche. Einige kleinere Sendungen gingen bis jetzt nach badischen Städten, Heidelberg, Mannheim usw. Genau so ist der Verband an der Bergstraße. Dort hat sich ein Ring „unterbäblicher Obfthändler“ des Handels in der Weise angenommen, daß eine ganze Anzahl Waggons Karfen nach Nürnberg, Hamburg, München, Berlin und Frankfurt a. M. abgeschickt wurden. Auf Befragen, weshalb die badischen Städte nicht besser beliefert werden, erklärten die im Ring vereinigten Händler: „Schon vor acht Tagen hat der Ring ein Angebot an die Stadtverwaltungen von Mannheim, Heidelberg usw. gerichtet, habe aber keine Aufträge erhalten, der Grund werde wohl der zu hohe Preis von 2,50 M bis 2,80 M das Pfund sein!“ Es ist ohne weiteres klar, daß die Städte auf solch ein schamloses Angebot sich nicht einlassen können. Doch monniglich alles aus dem Lande geschafft werden soll, zeigt die Unwissenheit der zahlreichen außerbadischen Händler in den Obfthorten und die Klagen darüber, daß die Zugverbindungen für Obftransporte nach Norddeutschland nicht günstig genug sind. Vielleicht soll der Sonntagseverkehr wiederum eingestellt werden auf den badischen Bahnen, damit das badische Obf leichter außer Landes geschafft werden kann. Es ist alles möglich heutzutage.

Es läge nunmehr nahe, das alte Klagebild anzukleben über die „Gleichgültigkeit der Regierung“, die „so etwas“ geschehen läßt, über die „Vorurteile“ des freien Handels, über die Gemeinheit der gewinnstüchtigen Händler und über die Dummheit der Käufer, die das teure Obf kaufen — aber wir verzichten uns dies Beginnen, denn es ist zwecklos. Wir begnügen uns mit der Feststellung der Tatsache und meinen nur, wenn doch mal der Gehalt eines Pfundes Obf ein Luxus ist, dann soll der Staat die entsprechende Luxussteuer und die

Städte Lustbarkeitssteuer darauf erheben, sie haben dann wenigstens ebenfalls noch einen kleinen Gewinn davon und das Volk weiß dann wirklich, daß Obf kein Nahrungsmittel, sondern ein Luxusgegenstand ist.

Letzte Nachrichten.

Banernauffstand in Südrussland.

W. B. Paris, 3. Juni. Nach einer Meldung der Agence Havas aus London hat man dort in gut unterrichteten Kreisen erklärt, in Südrussland sei ein Banernauffstand ausgebrochen und blutig niedergeschlagen worden. Hunderte von Bauern seien getötet und mehrere Dörfer vollständig zerstört worden.

Die Ablieferung der Handelschiffe.

W. B. Berlin, 3. Juni. Bezüglich der nach dem Friedensvertrage ablieferungsplichtigen, aber noch im Bau befindlichen Handelschiffe von insgesamt 835 000 BRT, war im Betrage die Frage offen gelassen auf wessen Kosten diese Schiffe abzuliefern fertigzustellen sind. Nach einer Vereinbarung mit der deutschen Schiffsabfertigung in London werden diese Schiffe nunmehr auf Kosten der deutschen Regierung fertiggestellt. Die Älteren erhalten von diesen fertigen Schiffen 125 000 BRT, während dagegen nur 100 000 und leider diejenigen, die zur Zeit den geringsten Fertigstellungsgrad aufweisen. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag auf Ueberlassung von weiteren 45 000 BRT an Deutschland. Es muß jetzt umso mehr die Erwartung ausgebrütet werden, daß die Reparationskommission in Würdigung der in dem zweiten Memorandum noch einmal nachdrücklich hervorgehobenen Momente an früherer Frist eine Vereinbarung trifft, daß ein Teil des noch ablieferungsplichtigen Schiffsraumes Deutschland überlassen werde.

Schriftleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Literatur und alle Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsverhandlung und sonstigen Nachrichten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Wirtschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenenteil Gustav Krüner, sämtliche in Karlsruhe.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. Juni 1920.

Die Druckverteilung zeigt seit gestern ein sehr bemerkenswertes Verhalten. Die Hauptmasse des hohen Druckes hat sich nach Nordwesteuropa zurückgezogen, während über dem Nordosten wie auch über einem großen Teil des Binnenlandes sich tiefer Druck ausgebreitet hat. Diese für die badische Charakteristische Druckverteilung bedingt bei uns frische nordwestliche Luftzufuhr, bei vielfach wolkigen Wetter; die Temperaturen sinken infolge dessen ziemlich niedrig. In der Rheinenebene erreichen sie gestern noch 20 Grad, während sie in den übrigen Teilen des Reiches unter 15 Grad fallen.

Voraussehbare Bitterung bis Samstag, den 5. Juni 1920; vielfach noch wolkig und trocken, mäßig warm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe, (Leinwandverlegerbund.) Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“ 2875 Karlsruhe, (Arch.-Radf.-Bund Solidarität.) Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, in der „Gambriunshalle“, halbjährliche Generalversammlung. Um vollständiges Erscheinen bittet.

Der Vorstand.

Reiterheim, (Arbeiterjugendverein „Freiheit“.) Die Singstunde findet heute abend in der Turnhalle punkt 8 Uhr statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Auch die neu aufgenommenen Sänger werden gebeten, zu erscheinen. 3006

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 303, gef. 7; St. 308, gef. 11; Maxau 301, gef. 8; Mannheim 310, gef. 1 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: Adolf Emil Herbst, B. Friedrich Hobel, Aug. Da Luise, E. Eugen Herrmann, Wiednermeister, Elfrida Maria, B. Paul Oudier, Friseur, Amalie Helgard, B. Wilh. Glüntzer, Schriftf. Helmut Richard Kurt, B. Gg. Gmeiner, Kaufmann, Albert Heinrich, B. Albert Durand, Maler. Nubi Adolf B. Adolf Schönhaar, Weigehaber, Karl Georg B. Georg Pinner, Pader, Karl Josef Johann, B. Karl Perker, Post-Schaffner, Erwin Karl, B. Rudolf Karz, Photograph, Erich Anna, B. Gg. Berg, Straßenbahn-Schaffner, Gustav Paul Wilhelm, B. Wilhelm Reis, Kaufmann, Paul Friedrich, B. Gg. Wolf, Mechaniker, Erila Zülchen, B. Augustin Busch, Hausmeister, Erila, B. Hermann Boland, Versicherungs-Beamter, Egon, Perthold, B. Siegfried Straub, Pader, Walter August, B. August Hienleberger, Verw.-Schr. Erwin Albert, B. Jakob Pfefferle, Eisenbahn-Schaffner, Eva, B. Reiser Barzhanoff, Händler, Heimitz, B. Josef Grog, Straßenbahn-Schaffner, Erna Josefina, B. Hermann Wehrlein, Stukkateur.

Gehaufgebete: Friedrich Bräde von Hohenwetterbach, Schlosser hier, mit Frida Hafner von Raigold, Heinrich Reichel von Mülden, Feilen hier, mit Luise Schäfer von hier, Otto Sid von hier, Ingenieur hier, mit Adia Wenger von Mannheim, Georg Kraus von Ludwigshafen, Wilhelm Dettling von hier, Kaufmann hier, mit Anna Dager von Hohenwetterbach, Thomas von Bresslau, Kaufmann hier, mit Friederike Gengenbach von Lappach, Hermann Jg von Hanau, Straßenbahn-Schaffner hier, mit Elise Henning, geb. Schumacher, von Hohenwetterbach, Walter Schumacher von Wasser, Dipl.-Ing. hier, mit Luise Hofmann von hier, Friedrich Alendrand von Offenbach, Telephonist hier, mit Eva Kunz von hier, Otto Fritz von Niederweiler, Kunsttöpfer hier, mit Josefine Mehl von hier, Ludwig Knopf von Dossenheim, Arbeiter hier, mit Frida Sabrbacher von Rumbergsbach, Wilhelm Völkens von hier, Versicherungsbeamter hier, mit Maria Deel von hier.

Todesfälle: Luise Kettemann 60 J. alt, Ehefrau von Joh. Kettemann, Schmied, Hermann Hoff, Chemiker, Schriftf. 62 J. alt, Friedrich Mattern, Chemiker, Vorkarbeiter, 48 J. alt, Anna Heuß, 54 J. alt, Ehefrau von Otto Heuß, Del.-Dir. Marie Führer, 54 J. alt, Dialonistin, Emil Jung, Witwer, Schuhmachermstr., 82 J. alt, Richard, 2 Monate 20 Tage alt, B. Wilh. Heß, Kaufmann, Hermann Bod, leibig, Kupferdamied, 65 J. alt, Anna Krämer, 64 J. alt, Witwe von Johann Krämer, Hausmstr.

Im Interesse der vielen Brustleidenden ist an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das „Friedat des Herrn H. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.“

Denkmals-Wettbewerb.

Zur Erlangung von künstlerischen Entwürfen für die Denkmäler auf dem Ehrenfriedhof der Krieger und auf dem der Fliegeropfer wird seitens der Stadtgemeinde Karlsruhe unter den z. Bz. hier anhängigen selbständigen Kunstbildhauern ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben.

Die Wettbewerbsunterlagen sind vom städtischen Hochbauamt gegen Zahlung einer Gebühr von je 3 M., welche bei Vorlage eines Entwurfs zurückerstattet wird, zu beziehen. Karlsruhe, den 16. Mai 1920.

Der Stadtrat.

Feststellung der Getreide- und Kartoffelflächen.

1. Gemäß Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. April 1920 und der Verordnung des bad. Ministeriums des Innern vom 17. Mai 1920 sind die Getreide- und Kartoffelflächen festzustellen, und zwar die Flächen, die z. Bz. der Erhebung angebaute sind mit:

a) Weizen, b) Spelz, c) Roggen, d) Gerste, e) Gemenge aus den Getreidearten a-d, f) Hafer, g) Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer, h) Kartoffeln (Früh- und Spätkartoffeln).

2. Bei der Erhebung handelt es sich nur um selbstmäßigen Anbau von Getreide und Kartoffeln von insgesamt 2 Ar und mehr. Der Anbau in Haus- und Obhgärten, ferner in Krieges-, Schreber- usw. Gärten bleibt also unberücksichtigt.

3. Die Ernteflächen sind in Ar und Quadratmeter angegeben (1 Ar = 100 Quadratmeter). Alle badische Maße sind umzurechnen, und zwar ist ein badischer Morgen = 36 Ar, ein „Viertel“ = 9 Ar, 1 Hektar = 2 1/2 bad. Morgen zu rechnen.

4. Die Angaben sind vom Bewirtschafter des Bodens oder einem Stellvertreter zu machen — gegebenenfalls also vom Pächter, Verwalter, für selbstbewirtschaftetes Dienstland vom Aufwirtsberechtigten.

5. Die Angaben sind auch für solche Flächen zu erstatten, die nicht auf Karlsruher Gemarkung liegen, vorausgesetzt, daß die Bewirtschaftung dieser Flächen von Karlsruhe aus erfolgt.

6. Bereitet die Ausfüllung des Erhebungsbogens Schwierigkeiten, so wende man sich an die Gemeindefsekretariate oder an das städt. Statistische Amt.

7. Die Angaben sind nur auf den vorgeschriebenen Vordrucken zu erstatten, die kostenlos erhältlich sind bei den Polizeiwachen und den Gemeindefsekretariaten der Vororte.

Die Vordrucke sind sorgfältig auszufüllen und spätestens am 10. Juni in den Vororten bei den Gemeindefsekretariaten, in Alt-Karlsruhe einschl. Mühlburg bei einer der Polizeiwachen abzugeben oder an das städt. Statistische Amt, Bahringerg. 13, einzuliefern.

8. Durch seine Unterschrift hat der zur Angabe Verpflichtete oder sein Vertreter die Richtigkeit seiner Angaben zu bestätigen. Angaben ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

9. Wer vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben macht oder die Angaben, zu denen er verpflichtet ist, nicht in der gefestigten Frist erstattet, hat Verurteilung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. zu gewärtigen.

10. Die Erhebungsbogen liegen vom 11. bis 17. Juni werktätlich zur allgemeinen Einsicht auf, und zwar die Bogen für die Vororte auf den Gemeindefsekretariaten Rinkheim, Ruppurr und Taglanden von 8-12 und 3-6 (Samstags nur von 8-11), Beiertheim nur von 8-8 (Samstags nicht) und Grünwinkel nur von 8-12 (Samstags nicht) — die übrigen Bogen auf dem städt. Statistischen Amt (Bahringerg. 13, von 7-3 Uhr, Samstags bis 1 Uhr). Wir eruchen, die Bogen einzusehen; etwaige Einreden werden zu Protokoll genommen. Karlsruhe, den 31. Mai 1920. 1548 Das Bürgermeisteramt.

Einigungsstellen für „Mutter und Kind“-Marken, Krankenmarken u. „S“-Marken.

Die neuen Verkaufsstellen für die Lebensmittel auf obengenannte Marken sind:

- Im Stadtbezirk:
 - Lebensbedürfnisverein, Rinkheimerstr. 18
 - Ludwig Bühler, Lachnerstr. 14
 - Emil Bucherer, Bahringerg. 42/44
 - F. Wijniger, Markgrafstr. 82
 - Rfannkuch u. Co., Filiale, Karlsruherstr. 3
 - B. Kranz, Werderplatz 37
 - Rfannkuch u. Co., Filiale, Winterstr. 84
 - Lebensbedürfnisverein, Ruppurrerstr. 27
 - Drogerie Esherning, Ecke Karl- u. Amalienstr.
 - Lebensbedürfnisverein, Gerrenstr. 14
 - Drogerie Walz, Kurovenstr. 17
 - Albert Pepsel, Jollbitzstr. 12
 - Gustav Albert, Kaiserallee 49
 - Wilhelm Erbes, Kriegerstr. 173
 - H. Schaar, Ecke Vesting- und Soffenstraße
 - Julius Kappel, Ecke Gind- und Bachstraße
 - Rfannkuch u. Co., Filiale, Rheinstr. 26.
 - Grünwinkel:
 - Franz Ball, Zepplinstr. 15.
 - Taglanden:
 - Wolfgang Dannenmaier, Rastendörferstr. 34
 - Beiertheim:
 - Heinrich Baer, Gebhardstr. 68.
 - Ruppurr:
 - Wilhelm Kasper, Ostendorferplatz 4
 - Rfannkuch u. Co., Filiale, Rastatterstraße.
 - Rinkheim:
 - Lebensbedürfnisverein, Hauptstraße
- Karlsruhe, den 2. Juni 1920. 1541 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Verlangen Sie Sparmarken!

Der sparsame Käufer rechnet.

8086

Gutes Bier

ist das beste und billigste Erfrischungs-Getränk

Brauerei Schrempp

Karlsruhe.



Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

Im grossen Festhalle-Saal

Abends halb 8 Uhr

4

Freitag

Abends halb 8 Uhr

Oeffentliche Volks-Versammlung

Es sprechen die Kandidaten:

Georg Schöpflin, M.d.N., Frau Edith Trautwein-Pforzheim

Wählerinnen und Wähler! — Erscheint in Massen!

Der Vorstand. 8068

Sozialdemokratische Partei Durlach.

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr

in der Festhalle

Öffentl. Volks-Versammlung

Thema:

„Die Reichstagswahlen“. 8887

Es sprechen: Genossin **Fr. Anders**, Karlsruhe, und der Genosse **Oskar Graf**, Pforzheim, Reichstagskandidat.

Wähler und Wählerinnen! — Erscheint zahlreich!

VORTEILHAFT KAUFEN SIE STÖCKE, SCHIRME UND PFEIFEN

BEIM FACHMANN FRANZ DORNHEIM

DRECHSLERMEISTER, SCHÜTZENSTR. 33

ERSTKLASSIGE REPARATURWERKSTÄTTE



Städt. Fischhalle

hinter dem Vierordtbad.

Seefische ausverkauft

Nächster Verkauf voraussichtlich am kommenden Dienstag.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe. 1539



Sofort

vom ersten Tag an muß man die neuen Schuhe pflegen, schonen u. erhalten

und das tut

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun

Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Die Reichstagswahl 1920 betr.

Durch Beschluß des Bezirksrats vom 1. Juni 1920 wurde für die von der Maul- und Klauenfeuche betroffenen Gebiete der Gemeinde Pogg, selbst ein besonderer Wahlbezirk gebildet und als Wahllokal das Schulhaus, Schulstr. Nr. 17 (Schulsaal 1) bestimmt. Zum Wahlvorsteher wurde Gemeindevater Friedrich Schaarman, zu dessen Stellvertreter Gemeindevater Friedrich Pfundhöfer ernannt.

Gemäß § 41 der Reichswahlordnung bringen wir vorstehendes zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 2. Juni 1920. 1547

Bad. Bezirksamt I. O. 3. 19)

Die Ausdehnung der Pflicht zur Krankenversicherung betr.

Durch § 5 der V.D. vom 30. April 1920 (M. G. Bl. S. 789 ff.) ist die Höchstgrenze der Löhne der Angestellten, Arbeiter, usw. soweit diese Löhne deren Versicherungspflicht begründen, gemäß § 165 R.V.D. auf fünfzehntausend Mark bestimmt worden.

Die Meldung derjenigen Beschäftigten, welche hierdurch der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, muß sofort geschehen, bei der zuständigen Krankenkasse.

Wer in der Zeit seit 2. Dezember 1918 wegen Ueberschreitens der bisherigen Einkommensgrenze von 5000 M. aus der Krankenkasse ausgeschieden war, kann gemäß § 6 der V.D. seine Wiederaufnahme binnen 5 Wochen gemäß § 318 R.V.D. beantragen. O. 3. 189

Karlsruhe, den 30. Mai 1920. 1548

Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Das Baden im Rhein betr.

Nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 26. Mai 1905 ist das Baden im Rhein nur an von der Ortspolizeibehörde bezeichneten Plätzen erlaubt.

In Anwendung dieser Bestimmung machen wir darauf aufmerksam, daß der freie Rhein außerhalb des städtischen Schwimmbades bei Poggau von der Ortspolizeibehörde nicht als Badesplatz bezeichnet und daß somit das Hinausgehen in den freien Rhein verboten ist.

Das Aufsichtspersonal ist angewiesen, jede Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot hierher zur Anzeige zu bringen.

Wir werden Zuwiderhandlungen gemäß § 75 St.G.B. bestrafen. O. 3. 185

Karlsruhe, den 26. Mai 1920. 1545

Bezirksamt.

Maul- und Klauenfeuche betr.

In der Gemeinde Melschneureut ist die Maul- und Klauenfeuche erneut ausgebrochen. Sperrbezirk bilden die verzeichneten Gebiete Hauptstr. Nr. 70; der übrige Teil der Gemeinde mit Gemarkung ist Beobachtungsgebiet. O. 3. 191

Karlsruhe, den 31. Mai 1920 1548

Bezirksamt.

Maul- und Klauenfeuche betr.

Unter der Schafherde der Firma Gebr. Genzel hier, z. Bz. auf der Sommerweide im Wildpark hier, ist die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen. Den Sperrbezirk bildet im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsbestimmungen das Gelände des Wildparkes:

- a) zwischen Friedrichstaler Allee, Jagdsfeld-Eggensfelder Straße, Stutenfer Allee und Kirchgraben,
- b) zwischen Stutenfer Allee, Jagdsfeld-Eggensfelder Straße, Hardwald und Schloßmauer.

O. 3. 193

Karlsruhe, den 2. Juni 1920. 1549

Bezirksamt II.